ELISABETH LICHTENBERGER, Wien

METROPOLEN UND PERIPHERE REGIONEN: PROBLEME DER SOZIALPOLITIK IN DEN USA UND IN EUROPA

Inhalt: Präambel – Die Alterung der Gesellschaft – Metropolitane Probleme in den USA und in Europa – Sozialpolitik und Regionalpolitik in der EU

Inhaltsverzeichnis:

Präambel

1. Amerika als Trendsetter gesellschaftlicher Probleme

1.1. Metropolitanisierung
1.2. Interkulturelle Migration und Fragmentierung der Metropolen
1.3. Alterung der Gesellschaft und Pensionssysteme
1.4. Neue demographische Lebensstile und Sozialpolitik
1.5. "Underclass" und Arbeitslosigkeit
1.6. Neue Obdachlosigkeit
1.7. Soziale Desorganisation und Kriminalität

2. Sozialpolitik und Regionalpolitik in Europa

2.1. Das integrierte Paket
2.2. Die Regime der Sozialpolitik in der EU
2.3. Metropolen und Regionen in Europa
2.4. EU- Regionen und Regionalpolitik

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

PRÄAMBEL

Sozialpolitik ist eine aräumliche Disziplin. Die Begriffe Metropolen und Regionen fehlen in den Schlagwortverzeichnissen der Standardwerke zur Volkswirtschaftslehre, zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. Umgekehrt kann man bei den Handbüchern zur Raumordnung und Raumplanung feststellen, daß die Sozialpolitik in wenigen Zeilen abgehandelt und ihre Aufgabe als Arbeitsmarktpolitik beschrieben wird.

Diese fehlende Verknüpfung der Sozialpolitik mit den räumlichen Kategorien von Metropolen und peripheren Regionen wird noch verstärkt, wenn man die Zeitachse in die Zukunft des 21. Jahrhunderts fortsetzt. Die Zukunftsforschung weist zwei klar getrennte Äste auf: Sie beschäftigt sich einerseits mit der Sozialpolitik und andrerseits mit den Städten. Aussagen über periphere Regionen im 21. Jahrhundert findet man nur im Feld normativer Zielsetzungen der Regionalpolitik und dies nur in der europäischen Literatur.

Der folgende Beitrag versucht zunächst. den globalen demographischen Prozeß der Alterung der Gesellschaft und die damit verbundenen Probleme der Pensionspolitik abzuheben von zwei Zugängen. bei denen eine direkte Verknüpfung der Sozialpolitik mit dem räumlichen Kontext möglich ist.

Der erste Zugang geht von Amerika als Trendsetter aus. Amerika spielt eine Vorreiterrolle in der Globalisierung der Ökonomie und der Globalisierung der Migration. Seine Metropolen sind Problemfelder ersten Ranges durch enorme Phänomene der Exklusion, der Ghettobildung, Armut und Obdachlosigkeit, der Formierung einer „underclass“ und der exorbitanten Zunahme von Outlaws. Es stellt sich die Frage, ob die europäische Politik der sozialen Wohlfahrtsstaaten diese Probleme verhindern bzw. eindämmen

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

kann und welche Probleme zur „Globalisierung gesellschaftlicher Prozesse“ gehören.
Der zweite Zugang geht vom integrierten Paket der Sozialpolitik und Regionalpolitik in Europa aus und differenziert die EU-Staaten zunächst nach den sozialpolitischen Regimen, bietet dann die räumliche Gliederung in metropolitane Achsen und periphere Regionen, welche die Grundlage für die Raumordnungspolitik der EU darstellt. Europa unterscheidet sich nämlich durch eine massive Regionalpolitik der Nationalstaaten und nunmehr auch der supranationalen Ebene der Europäischen Kommission eindeutig von den USA. in denen Regionalpolitik als Strukturpolitik unbekannt ist.

1. DIE ALTERUNG DER GESELLSCHAFT

1.1 Demographische Eckdaten

Die steigende Lebenserwartung in allen Staaten der entwickelten Welt, und selbst in den Entwicklungsländern, ist der wichtigste demographische Vorgang in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts gewesen[1]. Nahezu synchron dazu hat in den westlichen Industrienationen die Fertilität drastisch abgenommen. Im Zeitraum von 1990 bis 1996 ist die Reproduktionsrate auf 0,81 gesunken, sie betrug in dieser Zeitspanne in Nordamerika 0,98, in Europa nur mehr 0,75.[2]
Die Mitgliedsstaaten der EU sind in den abgelaufenen zwei Jahrzehnten in eine in diesem Ausmaß in der jüngeren Bevölkerungsgeschichte ungewöhnliche Phase der

[1] Die Lebenserwartung auf der Erde beträgt gegenwärtig 64 Jahre, in den EU-Staaten 75 Jahre (Österreichisches Statistisches Jahrbuch 1995. S. 444).
[2] Auf der gesamten Erde liegt sie bei 1,31. in Japan bei 0,72 (Österreichisches Statistisches Jahrbuch 1995. ebenda).

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

Schrumpfung und des demographischen Alterns eingetreten. Bereits seit längerem liegen die Fertilitätsziffern, mit Ausnahme von Irland, deutlich unter dem für die „Reproduktion“ eines Bevölkerungskörpers erforderlichen Niveau. Die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz, d. h. im wesentlichen also der deutsche Sprachraum, haben derzeit die niedrigsten Fertilitätsraten der Welt. Derzeit beträgt der Anteil der 60jährigen und älteren Bevölkerung rund ein Fünftel. Die Alterung der Gesellschaft gehört zur programmierten Zukunft der europäischen Wohlfahrtsstaaten.[3]

1.2 Pensionspolitik in den europäischen Wohlfahrtsstaaten

Dieser Alterungsprozeß konnte in den Babyboom-Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg nicht vorhergesehen werden, als Wirtschaftswachstum und Ausbau des sozialen Wohlfahrtsstaates Zug um Zug die Anteile der Sozialausgaben an den Staatsbudgets und darunter auch für die Pensionen erhöht haben[4] und insgesamt ein außerordentlich komplexes institutionell vernetztes System der „sozialen Wohlfahrt“ geschaffen haben, in welchem keine Kontroll- und Steuerungsmechanismen für die demographischen Veränderungen vorgesehen waren.[5]

Das Wachstum der Wirtschaft brachte aufgrund der steigenden Arbeitsproduktivität eine beachtliche Reduzierung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit. Besonders die Verkürzung der Lebensarbeitszeit erschien als großer Fortschritt. Darüber

[3] Für Österreich berechneten H. FASSMANN et al. (1990) in der ÖROK-Bevölkerungsprognose 1991 – 2021 einen Anstieg des Anteils der über 60jährigen Bevölkerung auf 32 bis 37%.

[4] 1960 betrug der Anteil der Sozialausgaben am BIP in der Bundesrepublik 20,4, in Schweden 15,9, in Großbritannien 14,8 und in den USA 11,3%. 1993 betrug er für dieselben Staaten 31,0, 39,7, 27,8 und 20,0% (vgl. OECD 1996 und Tab. 5).

[5] Es ist rückblickend von Interesse festzustellen, daß die datenmäßig außerordentlich umfangreiche politökonomische Analyse von Gösta ESPING-ANDERSEN (1990) über *The Three Worlds of Welfare Capitalism* demographische Parameter völlig ausspart, da sie für unwichtig gehalten werden.

hinaus gestattete die weiterhin steigende Arbeitsproduktivität seit den 80er Jahren, das Instrument der Frühverrentung zur Bewältigung der Arbeitsmarktprobleme einzusetzen. Beides zusammen bewirkte eine weitere, über den demographischen Alterungsprozeß hinausgehende Zunahme des aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Bevölkerungsanteils.

Es wurde eine Hypothek auf die Zukunft aufgenommen und gleichzeitig das Ende des Ausbaus des sozialen Wohlfahrtsstaates eingeleitet. Inzwischen ist eine äußerst umfangreiche Literatur über die Krise und den Rückbau des sozialen Wohlfahrtsstaates entstanden. Die von Politikern und Medien verkündete Botschaft, daß das Umlageverfahren, welches in den meisten europäischen Staaten das System der Pensionsversicherung trägt, zu Beginn des 21. Jahrhunderts in große Schwierigkeiten kommen wird, hat die Bürger verunsichert und eine weitere Welle von Frühpensionen ausgelöst. Die europäische Szene ist hektisch und unübersichtlich. In West- und Nordeuropa ist ein Rück- und Umbau des Sozialstaates in Gang gekommen, der die Rentenpolitik betrifft, aber auch „Mitnahmeeffekte“ auf andere Sozialpakete aufweist. Ein Kaleidoskop von Maßnahmen kennzeichnet die Situation. Dazu einige Angaben:

- In mehreren europäischen Staaten ist man von der aktiven Förderung der Frühverrentung und der Senkung des Pensionsalters zu einer Strategie der Eindämmung der Kosten für Rentenzahlungen übergegangen.
- Die Hinaufsetzung des Ruhestandsalters wurde in 5 Mitgliedstaaten beschlossen, darunter in der BRD 1996, und zwar schrittweise auf 65 Jahre.
- In Frankreich wurde 1994 der Zeitraum für die Festlegung des Bezugseinkommens für die Pension von 10 Jahren auf 25 Jahre verlängert und der Zeitraum der Beitragszahlungen auf 40 Jahre festgesetzt.

- In Schweden wurde 1994 statt der Pauschalrente eine beitragsgebundene, d. h. einkommensbezogene Rente eingeführt. Dabei wird die Umlagefinanzierung beibehalten, sie wird ergänzt durch ein System mit selbstfinanziertem Rentenanspruch. Es wird jedoch eine staatlich finanzierte Grundrente daneben bestehen bleiben.[6]
- Auf der anderen Seite muß man ebenso zur Kenntnis nehmen. daß in Italien die Lebensarbeitszeit soeben nochmals reduziert worden ist. Das Pensionsantrittsalter wurde bei Beamten von 58 auf 57 Jahre herabgesetzt, mit 53 Jahren können Lehrer in den Ruhestand gehen, nach 24 Arbeitsjahren Bedienstete der Staatsbahnen.[7]

Diese Angaben belegen, daß nationale Sonderwege weiterhin den Eckpfeiler der Sozialpolitik, nämlich die Pensionspolitik, kennzeichnen werden. Eine europäische Sozialunion mit einer einheitlichen Meßlatte des Pensionssystems ist nicht in Sicht.

Es stehen einander derzeit vereinfacht zwei Prinzipien gegenüber, nämlich das Bismarck-Modell, das einen klaren Bezug zwischen Leistung und Anspruch betont mit dem Ziel, im Bereich der Altersversorgung den vorher erreichten Lebensstandard zu sichern, und das Beveridge-Modell, nach dem britischen Sozialreformer benannt. auf den die Schaffung des steuerfinanzierten National Health Service in Großbritannien zurückgeht und das eine einheitliche Versorgung der Staatsbürger zum Ziel hat (Volksrente).[8] In Finnland bestehen zwei parallele Rentenversicherungssysteme, die an den Wohnort gebundene Volksrente und die Beschäftigtenrente.

Ein komplettes Abgehen vom Umlageverfahren erscheint selbst in längerfristiger Perspektive wenig realistisch. Daß aktuelle PROGNOS-Gutachten geht vielmehr für die

[6] Vgl. EUROPÄISCHE KOMMISSION (1996), *Europa. Soziale Sicherheit.* 1990.
[7] ORF-Nachrichten vom 23. 12. 1997.
[8] Raphael L'HOEST (1996), „Zur Bedeutung der sozialen Dimension des europäischen Binnenmarktes"; in: Werner SCHÖNING und Raphael L'HOEST (Hrsg.), *Sozialstaat wohin? Umbau, Abbau oder Ausbau der sozialen Sicherung.* Darmstadt. Wiss. Buchgesellschaft, S. 191 – 216.

Bundesrepublik davon aus, daß sich die Beitragssätze der Sozialversicherung von derzeit 39,2% auf ca. 50% im Jahr 2050 erhöhen werden.[9]

1.3 Immobilienmarkt und Pensionssystem in den USA

Das Problem der Alterung der Gesellschaft und der steigenden Lebenserwartung betrifft nicht nur Europa. sondern auch die USA, wobei man erklärend hinzufügen muß, die „white Americans", deren Reproduktionsrate sich der europäischen annähert. Die Aufrechterhaltung der Bevölkerungszahl der USA ist der nichtweißen Bevölkerung und der Immigration zu danken.[10]

Die amerikanische Pensionspolitik, auf die auch in den Medien in jüngster Zeit hingewiesen wird, wenn von den drei künftigen Säulen der Pensionen die Rede ist, beruht auf anderen Voraussetzungen als in Europa. Sie hat sich in einem sehr langen Zeitraum in einer Bottom-up-Entwicklung herausgebildet[11] und unterscheidet sich damit grundsätzlich vom Top-down-Prinzip des obrigkeitlichen europäischen Zuteilungsstaates, der

[9] Vgl. PROGNOS-Gutachten 1995 für den Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung für Gesamtdeutschland vor dem Hintergrund veränderter politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen. DRV-Schriften, Band 4, Frankfurt 1995.

[10] Mit Rücksicht auf die steigende Lebenserwartung wurde in den USA bereits 1983 eine Anhebung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre beschlossen, welche stufenweise vom Jahr 2000 bis 2021 in Kraft treten wird.

[11] Axel MURSWIECK (1988), *Sozialpolitik in den USA: Eine Einführung.* Opladen, Westdeutscher Verlag. Theda SKOCPOL (1995). *Social Policy in the United States – Future Possibilities in Historical Perspective.* Princeton Studies in American Politics, Princeton, NJ, Princeton Univ. Press. Bruce S. JANSSON (1997), *The Reluctant Welfare State: American Social Welfare Policies – Past, Present and Future.* 3. Aufl., Pacific Grove, Calif., Brooks/Cole Publishing.

keine rechtsfreien Räume läßt und in seinen Wurzeln auf den aufgeklärten Absolutismus zurückgeht.[12]

In Amerika bildet die Eigenverantwortung des einzelnen Bürgers noch immer die gesellschaftspolitische Basisideologie. Der Immobilienmarkt besitzt darin einen wesentlichen Stellenwert:[13] Er ist durch folgende Elemente gekennzeichnet, die, von einzelnen Staaten (wie der Schweiz und Großbritannien seit der Thatcher-Regierung) abgesehen, in Europa nur residual ausgebildet sind:[14]

- eine enge finanztechnische Verknüpfung mit Institutionen der privaten Pensionsversicherung, welche zu einem beachtlichen Teil Kapital in Immobilienbesitz anlegen, um das Portfoliorisiko gegenüber dem Aktienkapital zu reduzieren,
- eine hohe Steuerbelastung von Immobilien durch die „real estate tax", welche die Grundlage des lokalen Steueraufkommens bildet und damit den Lokalbehörden ein vom Einkommen der Wohnbevölkerung langfristig abhängiges Steuerbudget zuschreibt,
- ein immobilienmarktkonformes Verhalten der US-Amerikaner, d. h. das „Mitwandern" mit steigenden Boden- und Immobilienpreisen, allerdings nur auf seiten der Mittelschichten, während andererseits die „immobilen" Bevölkerungsteile, d. h. gro-

[12] Diether DÖRING und Richard HAUSER (Hrsg.) (1989), *Politische Kultur und Sozialpolitik. Ein Vergleich der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland.* Frankfurt/Main, Campus. Heinrich A. HENKEL (1981), *Das wohlfahrtsstaatliche Paradoxon. Armutsbekämpfung in den USA und in Österreich.* Göttingen, Schwartz.

[13] Elisabeth LICHTENBERGER (1995), „Der Immobilienmarkt im politischen Systemvergleich", Geographische Zeitschrift 83,1, S. 21 – 29.

[14] In Europa ist seit dem Ersten Weltkrieg. mitbedingt durch die Mieterschutzpolitik auf dem Wohnungssektor und Gesetze zur Abschöpfung des Planungsmehrwerts (wie in Großbritannien). eine Entwertung des Immobilienbesitzes erfolgt, so daß er zu einer vernachlässigbaren Größe im Steuerbudget geworden ist, während er mittels der Hauszinssteuer in der Habsburgermonarchie mehr als 40% der Staatseinnahmen eingebracht hatte. Diese Entwertung hat andrerseits ein Hortungsverhalten der Besitzbürger und damit eine weitgehende Versteinerung des gesamten Immobiliensektors bewirkt. In Großbritannien hat die Thatcher-Regierung einen schlagartigen Wandel bewirkt.

ße Teile der unteren Schichten, und vor allem die „underclass", d. h. die aus der arbeitsteiligen Gesellschaft weggedrifteten oder weggeschobenen Personen und Haushalte, in den abgewohnten Gebieten zurückbleiben.

- Um negative Auswirkungen auf die Immobilienpreise zu vermeiden, kommt es daher zu einer fortschreitenden Entmischung der Bevölkerung nach den Einkommensverhältnissen und zu einer Ausgrenzung von renditemindernden ethnischen, anthropologischen und religiösen Gruppen. Ausgeprägte soziale, demographische und ethnische Segregationsprozesse sind die Konsequenz. Die Immobilienökonomie hat damit für das dritte Lebensalter des Amerikaners eine mehrfache Bedeutung: erstens durch die Absicherung des Wohnstandorts über das Eigentum an Haus oder Wohnung, zweitens über die Erträge aus dem Immobilienbesitz und drittens für die Absicherung der Privatpensionen durch die Versicherungswirtschaft. Sie ist damit eine wesentliche Grundlage für das elastische Mischsystem der Altersversorgung der US-Amerikaner. Diese beruht zu rund 60% auf Eigenvorsorge, während die staatliche Pension im Durchschnitt 40% beiträgt.

Die Eigenvorsorge der US-Amerikaner (vgl. Fig.1) besteht zu einem Fünftel aus Erträgen aus Aktien und anderen Vermögenswerten, in erster Linie Immobilien, ein weiteres Fünftel tragen Privatversicherungen und Betriebspensionen bei.[15] Auf Einkünfte aus weiterer eigener Arbeit entfallen bei 65- bis 70jährigen noch rund ein Viertel, bei über 70jährigen noch mehr als 10% des Einkommens.

[15] Das Vermögen der Pensionsfonds in den USA beträgt derzeit 61,0% des BIP; in Europa besitzen drei Staaten mit unterschiedlichem Sozialregime ebenfalls eine sehr ausgeprägte Vermögensbildung über Pensionsfonds. An erster Stelle steht die Schweiz mit 91,5%, gefolgt von den Niederlanden mit 82,4% und Großbritannien mit 79,9%. Mit Abstand folgt Schweden mit 35,0%. In weitem Abstand stehen alle anderen EU-Staaten, darunter Deutschland mit 5,8% und Frankreich mit 4,8% (Die Presse, Sonderbeilage „Ihr Geld", S. XVIII; 30. 12. 1997).

Die Förderung dieses Systems durch den Staat besteht in der Akzeptanz der weiteren Berufstätigkeit, ohne Kürzung der Pension, die überhaupt von allen Zusatzeinkünften unberührt bleibt, sowie in der Möglichkeit des Verkaufs eines Hauses ohne Besteuerung (!) zur Vermögensbeschaffung und Altersvorsorge.

Im Zusammenhang mit dem massiven Rückbau der Sozialausgaben in der Ära von Reagan erscheint hervorhebenswert. daß der Versuch von Reagan, den „out-moded social dinosaur" der OASI-Renten abzuschaffen, gescheitert ist,[16] während alle anderen Sozialhilfemaßnahmen drastisch reduziert worden sind (vgl. unten).

Als letztes sei kommentarlos angeführt, daß derzeit rund 15% der im dritten Lebensalter befindlichen Bevölkerung nicht an der staatlichen Pensionsversicherung partizipieren.

Die Statements europäischer Sozialwissenschaftler, daß die USA in der Ära Clinton dem Weg der europäischen sozialen Wohlfahrtsstaaten folgen werden, waren voreilig. Die Bemühungen von Clinton, ein staatliches Gesundheitswesen einzuführen. sind bisher erfolglos geblieben. Nur als Visionen für das 21. Jahrhundert sind die in den Diskussionen wieder in den Vordergrund gerückten Vorschläge für eine Sozialpolitik als Familienpolitik zu bewerten.[17]

Das Thema einer stärkeren Umschichtung der Sozialtransfers auf die junge Generation wird auch in Europa diskutiert. Bei einem Anstieg des Anteils der 60jährigen und älteren Bevölkerung von 20% auf mehr als ein Drittel in der nächsten Generation sollte man nicht übersehen, daß damit das Wählerpotential der Bevölkerung im dritten Le-

[16] Das Thema ist jedoch keineswegs vom Tisch. Die Verschlechterung der finanziellen Situation des Pensionssystems mag möglicherweise Reformen bringen. Vgl. Martin FELDSTEIN and Andrew SAMWICK, (1997), *The Economics of Prefunding Social Security and Medicaire Benefits.* Working Paper Series, no. 6055. Cambridge, MA, National Bureau of Economic Research.

[17] Vgl. Theda SKOCPOL, loc. cit. in FN 12, S. 312: "The nation can afford to offer a modicum of economic security and social support to all families, not just in retirement, but throughout their active years of employment and the rearing of ‚our children'."

bensalter wächst. Daran werden Regierungen in Amerika und Europa in Fragen der Pensionspolitik in der Zukunft immer schwerer vorbeigehen können.

1.4 „Pensionopolis“ versus demographische Integration

Auf die Auseinanderschichtung der Bevölkerung im amerikanischen System wurde hingewiesen. Hierbei können zwei Bewegungen in Hinblick auf die räumliche Verortung der Bevölkerung im dritten Lebensalter unterschieden werden:
(1) Die Nord-Süd-Bewegung, welche in die aus klimatischen Gründen zunehmende kontinentale räumliche Trennung von Frostbelt und Sunbelt und die damit verbundene Trennung von Arbeitsgesellschaft und Freizeitgesellschaft einbindet, und
(2) das massenhafte Entstehen des Typs der „Pensionopolis" im Sunbelt, einem neuen kommerziellen Produkt von Aufschließungs- und Baugesellschaften sowie Finanzunternehmen als Ausleger eines immer weiter ausgreifenden Metropolitanisierungsprozesses. Pensionistenstädte werden in Katalogen in standardisierter Vielfalt des Designs bezugsfertig angeboten, in unterschiedlichen Preisklassen, welche auf eine große Spannweite von Einkommensklassen und Lebensstilen zugeschnitten sind. In Pensionopolis sind Schulen überflüssig, es entfällt damit ein wesentlicher Teil der Lokalsteuer, andrerseits sind spezifische Gesundheitseinrichtungen vorhanden, die von privaten Versicherungsorganisationen getragen werden. Diese Bilderbuchstädte sind freilich nur eine Seite der Medaille der demographischen Segregation im dritten Lebensalter, die zweite Seite besteht aus den endlosen Wohnwagensiedlungen von alten Leuten im „rurbanen Raum“, die nur hoffen können, dass die Siedlungen nicht durch Neuaufschlie-

ßungen weggeschoben werden, und sie besteht aus den abgewohnten Wohnblöcken mit Garconnieren am Rande der Slumgebiete in den Kernstädten.[18]

Die europäische Situation ist anders. Auch hier ist eine verglichen mit Nordamerika bisher zahlenmäßig nur bescheidene Bewegung aus dem Frostbelt in den Sunbelt (vgl. unten) zu beobachten, darunter auch eine Zunahme von Alterswohnsitzen in attraktiven Lagen der Alpen. Damit sind Kapitaltransfers verbunden, die in den wirtschaftlich schwächer entwickelten, jedoch ökologisch attraktiven Räumen durchaus positive Effekte zeitigen.

Die eigentliche Hauptbewegung vollzieht sich durch die Separierung der Arbeitsbevölkerung und der Freizeitbevölkerung. Diese Bewegung steht unter dem Vorzeichen der Aufspaltung der Wohnfunktion in Erstwohnungen und Zweitwohnungen. Hierbei handelt es sich um ein europäisches Phänomen, mit einer in die Antike zurückreichenden Tradition der Komplementärfunktion des Wohnens zwischen Mietwohnungen in Großstädten und Villeggiatura im Umland, weitergetragen über die Sommerschlösser des Adels, die Landhäuser des Bürgertums zu dem Massenphänomen der Zweitwohnungen in der Gegenwart, welche von der lange Zeit praktizierten Niedrigmietenpolitik in den sozialen Wohlfahrtsstaaten indirekt subventioniert worden ist. Während in den USA sich nur 5% der Bevölkerung eine Zweitwohnung leisten können, sind es in Schweden 23%, in Frankreich 21%.[19] In den ehemals sozialistischen Staaten wurde diese Entwicklung sogar gefördert. In Prag und Budapest verfügt nahezu ein Drittel der Haushalte über eine Zweitwohnung.[20]

[18] Elisabeth LICHTENBERGER (1989), „Stadtentwicklung in Europa und Nordamerika – kritische Anmerkungen zur Konvergenztheorie"; in: R. HEYER und M. HOMMEL (Hrsg.), *Stadt und Kulturraum.* Schöller-Festschrift. Bochumer Geogr. Arbeiten 50, S. 113 – 129.

[19] Elisabeth LICHTENBERGER (1987), Zweitwohnungen im Stadtumland", Berliner Geographische Arbeiten, Sonderheft 4 (Jubiläumskonferenz 1986 der Sektion Geographie der Humboldt-Universität zu Berlin), S. 68 – 74.

[20] Elisabeth LICHTENBERGER (1995), "The Future of the European City in the West and the East", European Review 3,2, S. 182 – 193.

Ein neuer Ast entstand durch die Bautätigkeit der Gastarbeiter in den südlichen Herkunftsländern.[21] Eine Kommerzialisierung im großen Stil – vergleichbar der nordamerikanischen Suburbanisierung – ist nirgends erfolgt. Die Bautätigkeit verblieb ähnlich wie beim Einfamilienhausbau auf dem Kontinent weithin im lokalen Netzwerk von Grundbesitzern, Baugewerbe und Handwerk. Der Typus der nordamerikanischen Pensionopolis fehlt in Europa.

Auch in den Mietshausstrukturen der Metropolen sind demographische Sortierungsvorgänge bisher nicht erfolgt, im Gegenteil, Städte mit ausgeprägter Antisegregationsstrategie wie Wien können zu Recht auf die demographische Integration von Haushaltstypen und Altersklassen in der Kernstadt verweisen, welche die Weitergabe kultureller Normen und Verhaltensweisen sichert.[22]

[21] Elisabeth LICHTENBERGER (1987), "Guestworkers – Life in two Societies", in: G. GLEBE and J. O'LOUGHLIN (eds.), *Foreign Minorities in Continental European Cities* Erdkundliches Wissen 84. S. 240 – 257.
[22] Elisabeth LICHTENBERGER (1990), *Stadtverfall und Stadterneuerung.* Beiträge zur Stadt- und Regionalforschung. Band 10. Verlag der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Wien.

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

2. METROPOLITANE PROBLEME IN DEN USA UND IN EUROPA

2.1 Aufriß der Probleme

Amerika ist der Trendsetter in der Globalisierung der Ökonomie, der Metropolitanisierung und der interkontinentalen Migration. Seine Metropolen sind Problemfelder ersten Ranges durch das Entstehen von Megaghettos in den Kernstädten, eine exorbitant steigende Zahl der Haushalte von alleinerziehenden Frauen, die Ausschließung der „underclass“ aus der Arbeitsgesellschaft, das erschreckende Phänomen einer neuen Obdachlosigkeit in der reichsten Gesellschaft der Erde, welche ihren ärmsten Bürgern kein Dach über dem Kopf bieten kann und die breite Palette der Phänomene der sozialen Desorganisation mit einer steigenden Zahl von Outlaws. Es stellt sich hierbei die sektoral zu beantwortende Frage, ob eine europäische Politik der sozialen Wohlfahrtsstaaten bzw. des europäischen Munizipalsozialismus diese Probleme verhindern bzw. eindämmen kann und welche Probleme zur „Globalisierung gesellschaftlicher Prozesse“ gehören.

2.2 Die multikulturelle Fragmentierung der Metropolen

Die Globalisierung hat eine Globalisierung der Migration im Gefolge. Damit hat sich die Funktion der amerikanischen Metropolen in der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts geändert. Bis herauf in die Zwischenkriegszeit bestand ihre Aufgabe darin, die europäischen Immigranten in den „American way of life“ einzuführen und sie in die amerikanische Gesellschaft zu integrieren. Diese Funktion ist zu Ende.

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

Die Zählung 1991 registrierte bereits 65 Millionen an nichtweißer Bevölkerung und damit einen Anteil von 24 %. Aufgrund der wesentlich höheren Geburtenraten von afroamerikanischer und hispanischer Bevölkerung rechnen Bevölkerungsprognosen in den USA im Jahr 2030 bereits mit 50% Non-Whites. In den USA sind die Kernstädte heute multiethnische Zentren geworden, in denen afroamerikanische, hispanische und ostasiatische Bevölkerungen zusammen die Mehrheit bilden. Die multikulturelle Gesellschaft der amerikanischen Metropolen repräsentiert sich in Form einer „quartered city", als Konglomerat von ethnischen Subkulturen, die viertelsweise nebeneinander bestehen bleiben, da die Bevölkerung aufgrund des fehlenden Bandes des Konnubiums und der reduzierten Mobilität nicht oder nur eingeschränkt in eine amerikanische Mittelschichtgesellschaft einschmelzbar ist. Diese Fragmentierung der Metropolen wird überdies durch die administrative Zersplitterung der Kernstädte in z. T. Tausende Lokalbehörden begünstigt, deren Budget im wesentlichen auf der „real estate tax" beruht, aus der das lokale Schulwesen finanziert wird. Damit sind zwei Hauptunterschiede gegenüber den europäischen Metropolen genannt, nämlich das Fehlen einer zentralen metropolitanen Behörde und die Bedeutung der auf dem Wert der Immobilien beruhenden Lokalsteuer für das Schulwesen und damit für die Erhaltung der Gebäude und Bezahlung der Lehrer.

Chicago bildet das Modell einer multikulturellen Metropole (vgl. Fig. 2), in der alle Zuwanderungswellen seit Beginn des 20. Jahrhunderts ihre Spuren hinterlassen haben, wobei der Vorgang der Integration in einer zentral-peripheren Verschiebung der betreffenden Ethnie innerhalb der Kernstadt und einer anschließenden Suburbanisierung re-

sultierte. Der Hauptvorgang seit den 60er Jahren ist freilich die Ausweitung von zwei Megaghettos der afroamerikanischen Bevölkerung.[23]

Dadurch wurde das ausgedehnte jüdische Ghetto ebenso weggeschoben wie die Wohnbereiche der Italiener, in unmittelbarem Kontakt zum Megaghetto verblieben von den europäischen Immigranten im wesentlichen nur die Iren. Die neue Zuwanderung umfaßt zwei Gruppen: Hispanier und Asiaten, von denen erstere zu mehr als der Hälfte aus Mexiko stammen. Filipinos und Inder bilden den Hauptanteil der Zuwanderer aus Asien, daneben sind die Vietnamesen die am raschesten wachsende Gruppe.[24]

Wenden wir uns Europa zu. In der EU sind derzeit 16 Millionen an ausländischer Bevölkerung offiziell registriert. Diese stammen aus drei Migrationswellen: erstens aus der Gastarbeiterwanderung aus Südeuropa, dem ehemaligen Jugoslawien, der Türkei und Algerien, zweitens aus einer Ost-West-Migration, deren Ausmaß unmittelbar nach der politischen Trendwende weit überschätzt worden ist, und drittens aus einer interkontinentalen Zuwanderung aus Asien, Afrika und Lateinamerika.[25] Die Masse der Zuwanderung richtet sich auch in Europa auf die Kernstädte der Metropolen (vgl. unten).

Diese neue internationale Migration erfolgt synchron zu den neoliberalen Tendenzen der EU-Staaten. Die Gesellschaftspolitik beginnt sich von der Wirtschaftspolitik abzukoppeln, ein Rückbau des umfangreichen „social overhead“ ist zumindest pro Kopf

[23] In der Literatur der 50er Jahre war noch von Negern die Rede, ab Ende der 60er Jahre von Schwarzen, seit Ende der 80er Jahre wird der Begriff afroamerikanische Bevölkerung verwendet. Die Änderung des Begriffes hat jedoch nichts an der Ghettoisierung geändert.

[24] Bedauerlicherweise wurde von den Sparmaßnahmen im öffentlichen Haushalt auch das Statistische Amt betroffen, so daß bei der Zählung 1991 die noch 1981 ausgewiesene Vielzahl von Herkunftsländern durch räumliche Aggregierung reduziert worden ist. Auch die einst international absolut führenden Statistical Abstracts haben seit den späten 80er Jahren durch sachliche Aggregierungen an Informationengehalt eingebüßt.

[25] Heinz FASSMANN und Rainer MÜNZ (eds.) (1994), *European Migration in the Late Twentieth C'entury*. Edward Elgar, Aldershot Hants, England.

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

bzw. für einzelne Schichten in Sicht, und die Bürger der sozialen Wohlfahrtsstaaten fragen sich mit Sorge, ob sie die knapper werdenden öffentlichen Güter und Dienste mit immer mehr ausländischen Zuwanderern teilen müssen. Die Ausländerfeindlichkeit hat in dieser Sorge eine wesentliche Wurzel und ist in allen europäischen Staaten zu finden. Sie äußert sich vor allem im Wohnumfeld. Die oben erwähnte Herausbildung von ethnischen Vierteln in den amerikanischen Metropolen reduziert daher die Konflikte. Eine derartige Allokation widerspricht jedoch dem politischen Credo der meisten europäischen Parteien von der erforderlichen gesellschaftlichen und räumlichen Integration der Ausländer.

Benelux-Städte wie Brüssel oder Amsterdam haben bereits die 30-%-Marke von ausländischer Bevölkerung überschritten, in Wien wurden im Sommer 1994 24% als Schätzwert genannt, während die Statistik 1992 noch 19,5% angegeben hat, doch ist der Anteil der nichteuropäischen Bevölkerung, wie Tab. 1 belegt, bisher verschwindend gering geblieben. Er betrug in Wien rund 6 Prozent, in Paris zirka 10%.

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

Tabelle 1: Anthropologische und ethnische Differenzierung der Bevölkerung in Chicago 1990, Paris 1991 und Wien 1992

Kernstädte	CHICAGO 1990		Nationalitäten	PARIS 1991		WIEN 1992	
„Rassen"	in 1.000	in %		in 1.000	in %	in 1.000	in %
Einwohner	2.783	100,0	Einwohner	2.152	100,0	1.612	100,0
Weiße	1.263	44,9					
Nichtweiße	1.520	55,1	Ausländer	340	15,8	312	19,5
Hispanier	339		Spanier, Portug.	67		130	Jugoslawen
			andere Euopäer	58		50	Osteuropäer
Schwarze	1.087						
Asiaten	104					28	Westeuropäer
			Europäer insges.	125		208	
			Nordafrikaner	95		51	Türken
			andere Afrikaner	40		11	
			Asiaten	22		31	
			Sonstige	58		11	

Quellen: Chicago: Census of Population and Housing 1990; Paris: Recensement de 1991; Wien: Angaben der Fremdenpolizei 1992.

Hinsichtlich der räumlichen Standortmuster der ausländischen Bevölkerung bzw. Der Non-Whites bestehen grundsätzliche Unterschiede zwischen Paris, Wien und Chicago. In Paris werden die Ausländer aus der Kernstadt in den Vorortbereich abgeschoben, in Wien erfolgt eine Konzentration auf die ehemaligen gründerzeitlichen Arbeiterwohngebiete in den äußeren Bezirken[26], während sich in der Kernstadt von Chicago, welche, wie in allen amerikanischen Städten, niemals die soziale Mitte der Stadt gewesen ist, eine Agglomeration von anthropologischen und ethnischen Vierteln gebildet hat (vgl. Fig. 2).

In der Gegenwart und wohl auch in der mittelfristigen Zukunft besitzen die europäischen Metropolen eine Integrationsfunktion für die Zuwanderer der ersten und zweiten Welle, zu der auch die gezielten Aufwendungen von seiten der Munizipalbehörden beitragen. In der ferneren Zukunft zeichnen sich zwei Wege ab: Entweder ist erstens die ,,Festung Europa“ auch im 21. Jahrhundert imstande, die Flut von potentiellen Migranten aus kulturell und ethnisch entfernten Regionen der Erde abzuhalten und die Zuwanderung auf Europa zu beschränken, oder zweitens: Europa kann sich dem Druck der Zuwanderer aus dem Vorderen Orient, Nordafrika, Indien und Ostasien nicht verschließen, dann werden die europäischen Metropolen freilich noch immer nicht zu „quartered cities“ analog zu Nordamerika mutieren, sondern überall dort, wo das „Soziale-Mitte-Konzept“ der Innenstadt weiterhin Gültigkeit behält und der Munizipalsozialismus die Instrumente einer ethnischen Antisegregationsstrategie einsetzt, ein europäisches Modell der multikulturellen Gesellschaft kreieren.

Die Viertelsbildung von Ausländern in Wien belegt. daß es in den kleinzügig strukturierten europäischen Kernstädten möglich ist, mittels einer Integrationspolitik über

[26] Elisabeth LICHTENBERGER (1995), Schmelztiegel Wien. Das Problem der „neuen Zuwanderung“ von Ausländern. Geographische Rundschau 47, S. 10-17, 1 Karte.

Schulen und Sozialeinrichtungen die Immigrantenströme aus kulturell distanzierten Räumen a priori aufzuspalten, so daß es selbst ansatzweise nicht zur Ausbildung von Ghettos kommen kann.[27] Damit werden auch zahlreiche soziale Desorganisationsprobleme der amerikanischen Metropolen, wie Obdachlosigkeit und Kriminalität (vgl. unten), wenn auch nicht völlig zu verhindern, so doch abzufedern sein.

2.3 Neue demographische Lebensstile und Sozialpolitik

Ein wesentliches Element der demographischen Umstrukturierung in den westlichen Industrienationen besteht in der Änderung der Haushaltsstrukturen. Rückblickend gesehen, hat das demographische Regime der Kernfamilie nur eine relativ kurze Periode bestimmt. Bereits die. Angehörigen der Babyboom-Generation nach dem Zweiten Weltkrieg haben sich von diesem Leitbild distanziert. Die Gründe hierfür sollen nicht diskutiert werden. Indikatoren für die Differenzierung der demographischen Lebensstile sind die Eheschließungs-, Scheidungs- und Geburtenziffern, der Anteil der unehelichen Geburten und die weibliche Erwerbsquote. Tab. 2 belegt eindrucksvoll die Unterschiede des demographischen Regimes zwischen den USA und den Großregionen Europas, die sich ihrerseits deutlich voneinander abheben.

In der Literatur und im Sprachgebrauch wird der Begriff „Ausländer“ im allgemeinen für unterschichtende Ethnien gebraucht, während überschichtende Ethnien, wie z. B. Angehörige des Diplomatischen Korps, Mitarbeiter internationaler Organisationen und Manager ausländischer Konzerne zwar in der Statistik aufscheinen, in der alltagssprachlichen Begriffswelt jedoch ausgeklammert werden.

[27] Vgl. Karte in E. LICHTENBERGER cit. FN 26, S. 11.

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

Tabelle 2: Eheschließungs- und Scheidungsquoten, Geburtenziffer und Anteil der unehelichen Geburten im internationalen Vergleich (1960/1993)

Staat	Eheschließungen		Scheidungen	Geburten		unehel. Geburten in % von Geburten	weibl. Erwerbsquote
	auf 1.000 Einwohner						
	1960	1990	1993	1960	1993	1993	1993
NORDEUROPA							
Schweden	7,2	3,9	2,46	13,7	13,5	50,4	48,4
Norwegen	7,6	4,5	2,40	17,3	13,8	44,4	44,5
Dänemark	7,9	6,1	2,50	16,6	13,0	46,4	51,8
Finnland	7,7	4,7	2,42	18,5	12,8	28,9	
WESTEUROPA							
Ver. Königreich	8,1	8,1	3,83	17,5	13,1	30,8	40,9
Irland	5,6	4,5	-	21,4	13,7	18,0	23,5
Frankreich	7,2	4,4	1,90	17,9	12,3	33,2	37,0
ZENTRALEUROPA							
Belgien	7,8	5,4	2,14	16,9	11,9	11,3	34,0
Niederlande	8,3	5,8	2,00	20,8	12,8	13,1	37,0
Deutschland	8,8	5,4	2,11	17,8	9,8	14,8	38,6
Österreich	8,1	5,6	2,04	17,9	11,9	26,3	37,5
Schweiz	8,0	6,2	2,16	17,6	12,1	6,3	38,9
SÜDEUROPA							
Italien	7,6	5,1	0,39	18,3	9,4	7,2	31,0
Spanien	8,1	5,2	0,68	21,8	9,9	9,6	
Griechenland	8,3	5,9	0,69	18,9	9,8	2,8	
Portugal	8,5	6,9	1,25	.	11,6	16,9	
OSTMITTELEUROPA							
Polen	9,5	5,4	0,73	22,3	12,8	8,2	
Slowakei	.	5,8	1,53		13,8	10,6	
Slowenien	.	3,8	0,99		9,9	28,0	
Tschechien	7,9	6,4	2,53	15,9	11,7	12,7	
Ungarn	10,5	5,2	2,04	14,7	11,3	17,6	
AUSSEREUROPA							
Türkei	7,4		0,46		28,9	4,4	
Japan	6,4	8,0	1,52	17,2	9,6	..	42,3
USA	9,0	9,3	4,62	23,7	15,7	27,1	44,4

Quelle: Stat. Jahrbuch für die Republik Österreich, 1966, S. 430f.. Stat. Jahrbuch für die Republik Österreich, 1995, S. 452f.

Von den USA wird im allgemeinen nur die steigende Scheidungsrate über die Medien kolportiert, während die seit den 60er Jahren unverändert (!) hohe Heiratsziffer mit 9 pro Tausend kaum beachtet wird, ebensowenig wie der kontinuierliche Anstieg der weiblichen Erwerbsquote seit den späten 70er Jahren, welche inzwischen – mit Ausnahme Nordeuropas – die der EU-Staaten überrundet hat. In den Nachkriegsjahrzehnten hat sich in den USA das enorme Problem akkumuliert, daß rund die Hälfte aller Haushalte bereits von Alleinerzieherinnen geführt wird, welche die Hälfte der Kinder aufziehen. Eine Erhebung 1984 ergab, daß sich 80% der Haushalte von nichtweißen Alleinerzieherinnen unterhalb der Armutsgrenze befanden.[28]

Nur ein Bruchteil dieser Haushalte wird von der Sozialhilfe erfasst, nämlich diejenigen, bei denen die Frauen keiner Arbeit nachgehen. Familienpolitik als Sozialpolitik ist in den USA kein Thema. Dementsprechend gibt es auch keine Sozialpolitik für Kinder und Jugendliche. Die Sozialpolitik des Staates ist auf die Pensionsversicherung zentriert. Das Sozialprogramm für Alleinerzieherinnen (ADFC) wurde überdies schon unter der Reagan-Regierung drastisch gekürzt und stand 1995 im Budget mit dem gleichen Betrag zu Buche wie die Sonderaufwendungen für die Schaffung von Gefängnissen (vgl. unten). In dieser völligen Vernachlässigung einer Sozialpolitik für Kinder und Jugendliche liegt zweifellos mit eine Ursache für die erschreckend steigende Jugendkriminalität und die Welle der Gewalt, welche von Jugendbanden ausgeht, die ganze Stadtteile in den Kernstädten der Metropolen terrorisieren.

[28] Elisabeth LICHTENBERGER (1990), „Die Auswirkungen der Ära Reagan auf Obdachlosigkeit und soziale Probleme in den USA“. Geographische Rundschau 42, 9, S. 476 – 481.

Wenden wir uns den europäischen Wohlfahrtsstaaten zu. Hier hat Schweden als erster europäischer Staat das Problem der alleinerziehenden Mütter in einer postindustriellen Gesellschaft mit umfangreichen Sozialmaßnahmen zu lösen versucht.[29] Auch von Frankreich wurden schon früh zwei Maßnahmenpakete verabschiedet.[30] Während die drastische Reduzierung der Fertilität als Innovationsvorgang nahezu alle EU-Staaten erfaßt hat, bestehen bisher im Scheidungsverhalten und in den demographischen Lebensstilen beachtliche nationale Unterschiede, die auch weiterhin die nationale Sozialpolitik beeinflussen werden. Der Lebensstil der alleinerziehenden Frauen ist bisher zu keinem europäischen Phänomen geworden. Das schwedische demographische Modell besitzt vielmehr eine Sonderstellung. Es weist die niedrigste Heiratsquote in der entwickelten Welt auf, verbunden mit einer hohen Scheidungsquote – zwei Drittel der Ehen werden wieder geschieden. Mit 50,4% extrem hoch ist die Rate der unehelichen Geburten. Die weibliche Erwerbsquote übertrifft die der USA. Von den westeuropäischen Staaten weist Großbritannien, welches hinsichtlich der Scheidungsquoten an erster Stelle steht und wohl in Kürze die USA erreichen dürfte, eine ähnliche Struktur des demographischen Lebensstils wie Schweden auf.

Der deutsche Sprachraum und die Beneluxstaaten gruppieren sich zu einer Großregion des demographischen Regimes mit einer mäßigen Heirats- und Scheidungsquote, sowie einer mäßigen weiblichen Erwerbsquote. In Hinblick auf den Anteil der unehelichen

[29] Hierbei muß allerdings offen bleiben, ob und wieweit diese großzügigen Transferleistungen auch mißbräuchlich in Anspruch genommen werden, so daß die Statistik eine zu hohe Zahl von alleinerziehenden Müttern ausweist, während ein Teil davon de facto mit einem Partner zusammenlebt. Die Thematik der mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Sozialleistungen wurde stets mit einer gewissen Verschämtheit behandelt und in keinem Staat durch kontinuierliche Surveys erhoben.

[30] 1976 wurde in Frankreich das Kindergeld für Alleinerzieherinnen eingeführt (API), 1988 das Eingliederungseinkommen (RMI), um der sozialen Ausgrenzung ein Ende zu setzen. API und RMI stellen ein soziales Mindesteinkommen dar, das zwischen der Armutsgrenze und einem Mindestlohn liegt. M. MESSU (1992), „Familienpolitik und soziale Einkommenspolitik: Kindergeld für Alleinerziehende in Frankreich, Internationale Revue für Soziale Sicherheit, Bd.45, 3, S. 79-91.

Geburten fällt Österreich mit der z.T. tradiert hohen Quote in den alpinen Bundesländern aus der Reihe. Gerade diese Übergangssituation des demographischen Regimes erschwert es jedoch dem Gesetzgeber, in einer Rückbauphase der Sozialpolitik Entscheidungen zu treffen. Entsprechend der obrigkeitsstaatlichen Tradition der Sozialpolitik erfolgt vielmehr eine Zunahme der rechtlichen und administrativen Ausgestaltung des Sozialhilfeinstrumentariums.[31] Anders ist die demographische Situation in den südeuropäischen Staaten. Hier wurde die innereheliche Gebürtigkeit überall im letzten Jahrzehnt drastisch reduziert, mit 9,4 pro Tausend hält Italien derzeit den Tiefstrekord in Europa. Gleichzeitig ist jedoch die weibliche Erwerbsquote nicht nach oben geschnellt, und ebenso ist die Zahl der Scheidungen bisher erstaunlich niedrig geblieben. Es fehlen somit die quantitativen Voraussetzungen für eine Sozialpolitik für alleinerziehende Frauen.

Im Zuge des Rückbaus der Sozialpolitik in den europäischen Wohlfahrtsstaaten ist freilich zu befürchten, daß ähnlich wie in den ehemaligen Ostblockstaaten zunächst die Kinderkrippen und Kindergärten durch Erhöhung der Beiträge ihre allgemeine Zugänglichkeit verlieren und subventionierte Einrichtungen für Jugendliche aufgelassen werden.[32]

[31] Kurt PRATSCHER (1996), „Sozialhilfe in Österreich. Überlegungen zur subsidiären Sozialstaatlichkeit"; in: Karl S. ALTHALER und Gregor MATJAN, *Vom Wohlfahrtsstaat zum Leistungsstaat?* Sonderzahl Verlag, Wien, S. 115-126.

[32] Hierzu zwei Anmerkungen: In Ostdeutschland hat die Schließung zahlreicher einst in der DDR in jeder Gemeinde vorhandenen Jugendzentren bei gleichzeitig hoher Jugendarbeitslosigkeit zur Radikalisierung der Jugendszene, vor allem in den Großstädten, wesentlich beigetragen.

In Österreich gehören Kindergärten und Volksschulen zum Aufgabenbereich des Föderalismus, der sehr unterschiedliche Subventionsstrategien verfolgt und damit indirekt die weibliche Erwerbsquote beeinflußt. Vgl. Heinz FASSMANN et al. (1988), *Kindergärten in Österreich. Angebot, Nachfrage, Defizite*. Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie, Wien.

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

2.4 „Underclass“ und Arbeitslosigkeit

Die USA sind mit der Entindustrialisierung vorangegangen. Mit produktionsspezifischen Kenntnissen ausgestattete Arbeitskräfte wurden freigesetzt, welche nur sehr eingeschränkt den neuen Anforderungen EDV-strukturierter Arbeitsprozesse im wachsenden Dienstleistungssektor entsprechen bzw. in der Freizeitindustrie („fun industry“) und in den persönlichen sozialen Dienstleistungen mit niedrigen Löhnen unterkommen können. Vor allem in den Kernstädten war die Tertiärisierung mit einer Anhebung der schulischen Qualifikation verbunden. In den großen Städten des Nordostens entstanden seit den 70er Jahren nur mehr Arbeitsplätze für Abgänger von High-Schools, während Arbeitsplätze mit geringerer Qualifikation verschwanden.[33] Es öffnete sich eine neue Einkommensschere zwischen hochqualifizierten EDV-Fachkräften und angelernten Hilfskräften des Freizeit- und persönlichen Dienstleistungssektors („Junk-jobs“), den Positionen, welche vor allem während der Reagan-Regierung den bestaunten Zuwachs an Millionen von Arbeitsplätzen zur Folge hatten. Diese Veränderung der Einkommensverteilung brachte aber für viele Erwerbstätige in den USA sinkende Realeinkommen bis hin zu den Arbeitsplätzen in der Nähe der Armutsgrenze (sogenannte „working poor").

Eine neue postindustrielle Reservearmee entstand, von der ein wachsender Teil kaum eine Chance besaß, in den Arbeitsprozeß integriert zu werden. Sie wurde als „underclass" bezeichnet. Da sie nicht am Arbeitsprozeß partizipiert, läßt sie sich auch nicht in den Schichtenbau des Sozialsystems einordnen. Sie besteht aus

[33] Allein in New York handelte es sich hierbei im Zeitraum von 1970 bis 1984 um rund eine halbe Million Arbeitsplätze. Vgl. J. D. KASARDA (1986), *The Regional and Urban Distribution of People and Jobs in the U.S.* National Academy of Sciences.

- unfreiwilligen Langzeitarbeitslosen.
- Behinderten und chronisch Kranken und
- einer wachsenden Zahl von Personen. die sich selbst aus der Gesellschaft und ihren traditionellen Werten und Normen ausschließen. Diese Heterogenität bewirkt starke Verzerrungen in der Beurteilung und behindert durchgreifende soziale Maßnahmen.

Nun ist in den USA Sozialpolitik für Arbeitslose kein Thema.[34] Abgesehen davon unterscheidet sich die Struktur der Arbeitslosigkeit in den USA deutlich von der in Europa:

- Zu Unrecht werden immer wieder die seit der Reagan-Regierung niedrigen Arbeitslosenraten der USA – sie betrugen 1994 6% und sind inzwischen noch weiter gefallen – als Beleg für die Richtigkeit des liberalen Wirtschaftskurses hervorgehoben. Sie sind nämlich insofern irreführend, als in den USA bereits eine stundenweise Beschäftigung ausreicht, um nicht in die Arbeitslosenstatistik zu gelangen.
- Im Vergleich zur niedrigen Arbeitslosenrate muß ein breites Spektrum der Bevölkerung, und zwar zwischen einem Viertel und einem Drittel, mit dem Risiko leben, arbeitslos zu werden, d. h. die Arbeitslosigkeit reicht in den USA bis in die Mittelschichten hinein. Entwicklungen dieser Art sind auch in Europa zu verzeichnen.
- Wesentlich geringer als in Europa ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen, und zwar aufgrund der Eigeninitiative und Flexibilität der Betroffenen bei der Arbeitsplatzsuche.[35]

[34] Die Arbeitslosengelder, welche einem Arbeitslosen 26 Wochen zustehen, wurden in der Reagan-Ära 1985 nur mehr einem Drittel der Arbeitslosen ausbezahlt, und zwar mit dem Argument, dass der wirtschaftliche Wiederaufschwung neue Arbeitsplätze geschaffen habe und die Arbeitslosen diesen „nachziehen“ müssten. Vgl. Elisabeth LICHTENBERGER (1990), cit. FN 28

[35] Der Anteil der Langzeitarbeitslosen (=mehr als ein Jahr arbeitslos) an allen Arbeitslosen betrug 1992 in Deutschland 31, in Frankreich 37, dagegen in den USA nur 5, in Schweden allerdings auch nur 7% (vg. EUROSTAT, Erhebung über Arbeitskräfte: Ergebnisse 1992).

- Von seiten der Arbeitsuchenden besteht kein Anspruch auf eine ausbildungsadäquate Position, ebensowenig auf Biennien und damit Altersprivilegien. Damit fehlt die Diskriminierung älterer Arbeitssuchender.
- Die amerikanische Sozialpolitik hat dem Individuum die Eigenverantwortlichkeit in der Arbeitswelt nicht abgenommen.

Die Arbeitslosigkeit wird gegenwärtig als das Hauptproblem in der EU und in den postsozialistischen Staaten angesehen. 1994 waren in den 12 EU-Staaten 17,7 Millionen Personen arbeitslos, davon waren 28% jünger als 25 Jahre, von denen sich wiederum 43% auf der Suche nach einem ersten Arbeitsplatz befanden und daher in den meisten Staaten noch keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hatten. Auf die Jahrgänge im Alter zwischen 25 und 34 Jahren entfielen weitere 30%. Insgesamt waren daher 60% der Arbeitslosen weniger als 35 Jahre alt, andrerseits nur 20% 45 Jahre und älter. Hinsichtlich der Altersstruktur der Arbeitslosen bestehen jedoch von Staat zu Staat erhebliche Unterschiede. So betraf die Arbeitslosigkeit in der BRD zu 35% ältere Arbeitsuchende. Nach den Angaben der Europäischen Kommission kann bisher in den meisten Ländern das Niveau der Einkommensbeihilfe bei Arbeitslosigkeit im Vergleich zum Nettoerwerbseinkommen relativ gehalten werden.

Eine Rangreihung der arbeitsmarktbezogenen Indikatoren, nämlich Erwerbsquote, Arbeitslosenquote und Anteil der Teilzeitarbeit, belegt die großen Unterschiede zwischen den EU-Staaten (vgl. Tab. 3). Hierbei erweisen sich interessanterweise zwei verschiedene Regime der Sozialpolitik bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als besonders erfolgreich, nämlich das egalitäre schwedische Regime und das im Rückbau befindliche britische Regime, welche beide bei hoher Erwerbsquote die Teilung von Arbeitsplätzen als Instrumentarium eingesetzt und damit die Arbeitslosenquote unter das EU-Mittel abgesenkt haben.[36] Es ist anzunehmen, daß die Teilzeitarbeit in mittelfristiger Zukunft auch in den Staaten mit institutionellem Regime der Sozialpolitik (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Österreich) an Bedeutung gewinnen wird.[37] Derzeit liegt die Bundesrepublik Deutschland bei hoher Erwerbsquote hinsichtlich der Arbeitslosenquote und des Anteils der Teilzeitarbeit im EU-Mittel.

[36] Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auf den sehr unterschiedlichen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, der 1988 in Großbritannien 40,1, in Schweden 94,2% betragen hat. Tabelle 1, S. 291, in Klaus ARMINGEON (1993), „Korporatismus im Wandel. Ein internationaler Vergleich"; in: Emmerich TALOS (Hrsg.), *Sozialpartnerschaft Kontinuität und Wandel eines Modells.* Verlag für Gesellschaftskritik. Wien, S. 205 – 309.

[37] In der Bundesrepublik Deutschland ist die Zunahme relativ langsam. 1984 gab es bereits 11,6% Teilzeitbeschäftigte, 1993 waren es erst 16,6%. Ulrich WALWAI (1996), „Mehr Beschäftigung durch Umbau des Sozialstaats?", in: Werner SCHÖNING und Raphael L'HOEST (Hrsg.), *Sozialstaat wohin? Umbau oder Ausbau der sozialen Sicherung.* Darmstadt, Wiss. Buchgesellschaft, S. 13-35.

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

Tabelle 3: Erwerbsquoten, Arbeitslosenquoten und Anteil der Teilzeitarbeit in den Staaten der EU (1995/1997)

	Erwerbsquote 1995	Arbeitslosenquote 1997 (gesch.)	%-Anteil der Teilzeitarbeit 1995
	hohe Erwerbsquote	unterdurchschnittl. Arbeitslosigkeit	hohe Teilzeitarbeit
Dänemark	60,1 (1)	6,5 (3)	21,6 (4)
Schweden	57,3 (2)	9,5 (7)	27,0 (2)
Ver. Königreich	56,2 (4)	7,5 (5)	24,1 (3)
Niederlande	54,9 (5)	6,8 (4)	37,4 (1)
	hohe Erwerbsquote	niedrige Arbeitslosigkeit	unterdurchschnittl. Teilzeitarbeit
Österreich	56,8 (3)	4,2 (2)	13,9 (8)
Portugal	54,0 (6)	7,5 (6)	7,5 (12)
		durchschnittl. Arbeitslosigkeit	durchschnittl. Teilzeitarbeit
Deutschland	53,0 (7)	10,8 (10)	16,3 (5)
	durchschnittl. Erwerbsquote	hohe Arbeitslosigkeit	unterdurchschnittl. Teilzeitarbeit
Finnland	50,7 (8)	15,5 (14)	11,8 (10)
Irland	47,5 (11)	13,2 (13)	12,1 (9)
Frankreich	48,8 (10)	12,8 (12)	15,6 (7)
		sehr niedrige Arbeitslosigkeit	niedrige Teilzeitarbeit
Luxemburg	49,3 (9)	2,8 (1)	7,9 (11)
	niedrige Erwerbsquote	durchschnittl. Arbeitslosigkeit	durchschnittl. Teilzeitarbeit
Belgien	45,8 (12)	10,3 (8)	16,1 (6)
	niedrige Erwerbsquote	durchschnittl. Arbeitslosigkeit	niedrige Teilzeitarbeit
Italien	41,8 (14)	11,8 (11)	6,4 (14)
Griechenland	44,7 (13)	10,3 (9)	4,8 (15)
	sehr niedrige Erwerbsquote	sehr hohe Arbeitslosigkeit	niedrige Teilzeitarbeit
Spanien	37,2 (15)	23,0 (15)	7,5 (13)
EU	49,3	11,3	16,1

Quelle: EUROSTAT.

Zwei Kleinstaaten, Österreich und Portugal, mit unterschiedlicher Sozialpolitik und Wirtschaftskraft weisen ähnlich hohe Erwerbsquoten bei ansonsten traditioneller Arbeitsverfassung und unterdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit auf.[38] Drei Staaten mit sehr unterschiedlichen Sozialregimen, Finnland, Frankreich und Irland, weisen knapp unterdurchschnittliche Erwerbsquoten und unterdurchschnittliche Teilzeitquoten, gleichzeitig aber eine hohe Arbeitslosigkeit auf, welche höher ist als in den südeuropäischen Staaten Italien und Griechenland mit niedrigerer Erwerbs- und Teilzeitquote. Spanien, mit einer sehr niedrigen Erwerbsquote von 37,2 und extrem hoher Arbeitslosigkeit von 28,0, fällt völlig aus dem Rahmen und erhält daher auch den mit Abstand höchsten Betrag aus dem Strukturfonds der EU (vgl. unten Tab. 5).

Unter Bezug auf Metropolen und periphere Regionen ist festzuhalten, daß beide Räume auch in Zukunft in den meisten EU-Staaten mit einer über dem jeweiligen nationalen Mittel liegenden Grundlast an Arbeitslosen fahren werden (vgl. Fig. 3). Anders ist die Situation in Ostmitteleuropa, wo die Entindustrialisierung durch eine rasche Tertiärisierung in den Metropolen abgefangen wurde, die demnach keine Arbeitslosigkeit kennen, während andererseits periphere Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen haben.[39]

[38] Der Begriff traditionelle Arbeitsverfassung ist im Falle von Österreich ebenso wie in Portugal insofern auszuweiten, als in beiden Staaten ein Akkumulationsprinzip von Einkommensanteilen aus verschiedenen Tätigkeiten durchaus gebräuchlich ist. Österreich kann auf eine jahrzehntelange Praxis bei der Privatzimmervermietung (einschließlich Urlaub auf dem Bauernhof) wie auch in der nebenerwerblichen Landwirtschaft verweisen. In Portugal gilt ähnliches für Fischfang, Landwirtschaft und Tourismus und die Einkommenstransfers durch die Gastarbeiterwanderung vor allem nach Frankreich.

[39] Heinz FASSMANN und Elisabeth LICHTENBERGER (Hrsg.) (1995), *Märkte in Bewegung. Metropolen und Regionen in Ostmitteleuropa.* Böhlau Verlag, Wien.

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

2.5 Die neue Obdachlosigkeit

Nicht aus der Alltagserfahrung, sondern zumeist nur aus den Medien bezieht der Österreicher seine Kenntnis von neuen sozialen Desorganisationsphänomenen: exzessivem Drogenmißbrauch, neuer erschreckender Armut und einer ebenso erschreckenden Obdachlosigkeit, von der in den USA seit den 80er Jahren in zunehmendem Maße Familien betroffen sind. Prognosen vom MIT rechnen mit 19 Millionen in der nächsten Generation.

In den USA existieren keine Wohnbeihilfen, anders als in Europa, wo z. B. in Großbritannien allen Arbeitslosen ab 25 Jahren die gesamten Wohnkosten vom Staat ersetzt werden. Ebenso fehlt ein den europäischen Metropolen vergleichbarer sozialer Wohnungsbau. Kostenminimierung auf 60% der Normalbauten und rigide Kontrollen der Bedürftigkeit haben ihn überdies in den USA zu einem Hort der Kriminalität werden lassen. Während der Reagan-Regierung wurde der zahlenmäßig ohnehin bescheidene soziale Wohnungsbau noch weiter reduziert.[40] Nun wäre es aber nicht richtig anzunehmen, daß diese Reduzierung des sozialen Wohnbaus allein für die Obdachlosigkeit verantwortlich zeichnet. Eine Analyse der „Zugänglichkeit" von Sozialwohnungen belegt nämlich nachdrücklich, daß diese in den großen Städten nur mit sehr langen Wartefristen überhaupt bezogen werden können. Im sozialen Wohnbau von Chicago mußten die Vormerklisten aufgrund der bereits 10jährigen Wartefrist überhaupt gesperrt werden. Auch in der Ära der Clinton-Regierung hat sich die Situation nicht verbessert.

[40] Im Zeitraum von 1980 bis 1986 wurde das Budget hierfür um 75% gekürzt, d. h. von 26,7 auf 7 Milliarden US $. Während 1978 noch 68.500 Sozialwohnungen errichtet wurden, waren es 1983 nur mehr 6.600. Diese Bauleistung hat zu diesem Zeitpunkt in Europa der soziale Wohnungsbau in Wien erreicht! Elisabeth LICHTENBERGER (1993), „Die Zukunft von Wien. Munizipalsozialismus versus Internationalisierung“, in: U. von PETZ und K. M. SCHMALS (Hrsg.), *Metropole, Weltstadt, Global City: Neue Formen der Urbanisierung.* Dortmunder Beiträge zur Raumplanung 60, IRPUD, Dortmund, S. 155 – 176.

Gerade aufgrund der wirtschaftlichen Prosperität und der Möglichkeit, eine sehr viel bessere Kapitalverzinsung durch Investitionen in der Wirtschaft zu erlangen, ist ganz allgemein die Investitionsbereitschaft in die Errichtung von Mietshäusern durch die Privatwirtschaft gesunken. Es öffnete sich die Schere zwischen der steigenden Nachfrage nach Mietwohnungen, vor allem durch Kleinhaushalte und Grundschichten der Bevölkerung, und dem sinkenden Angebot. Ein Ansteigen der Mieten war die Folge. Ende der 80er Jahre bezahlten über 6 Millionen Haushalte mehr als 50% des Einkommens für die Miete. Ein extensives Untermietwesen („doubling-up“) entstand, und das Problem der Obdachlosigkeit stellt damit gleichsam das unterste Ende in der Nachfrage nach Wohnraum dar.[41]

Die Obdachlosigkeit ist ein Phänomen der Babyboom-Generation der 50er und frühen 60er Jahre, welche im Vietnamkrieg eingezogen war und im besonderen Maße von der Änderung der Tätigkeitsprofile des Arbeitsmarktes betroffen wurde. Sie war und ist ein Hauptträger der Scheidungsbewegung und hat auch eine neue Gesetzgebung, welche die Scheidung ohne Schuldnachweis ermöglicht, bewirkt. Damit ist ein weiteres Kennzeichen angesprochen, nämlich der wachsende Betroffenheitsgrad der Frauen. Alle Surveys bestätigen den Zusammenhang zwischen Obdachlosigkeit und Arbeitslosigkeit. Nicht erstaunen kann der Zusammenhang zwischen Obdachlosigkeit und Ghettoisierung der afroamerikanischen Bevölkerung. Auch die Entlassung von nicht gemeingefährlichen Geisteskranken aus den Kliniken hat die Zusammensetzung der Obdachlosen mitgeprägt (vgl. Fig. 4). Wesentlich sind die Aussagen über die Isolierung von Obdachlosen, welche sich in den öffentlichen Räumen und Einrichtungen aufhalten, von den demographischen Normalbezügen der Gesellschaft.[42]

[41] Elisabeth LICHTENBERGER (1990), *Die „Neue Obdachlosigkeit“*, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, 47. Dt. Geographentag Saarbrücken 1989, S. 414 - 422.
[42] Nur ein ganz schmales Segment, 4 bis 12% war verheiratet, rund die Hälfte war niemals verheiratet, ein Drittel war geschieden. Lit. cit. FN 41.

Die Aufmerksamkeit von Politikern und Sozialwissenschaftlern hat die Obdachlosigkeit dadurch erweckt, daß der öffentliche Raum, Straßen, Parkanlagen, Brücken und die öffentlichen Einrichtungen, Bahnhöfe, Flugplätze als Unterkünfte benützt werden. Nicht profitorientierte Einrichtungen wie Kirchen und von privaten Institutionen geführte Schulen haben eine wichtige Funktion in der Unterbringung von Obdachlosen übernommen.

Selbsthilfemaßnahmen, wie das Squatting der Immigranten aus Lateinamerika, blieben infolge von Polizeieinsätzen bisher ohne großen Erfolg, ebenso Hausbesetzungen in den flächenhaft leerstehenden Innenstadträumen im Nordosten (Philadelphia). Andererseits gelang es dem renditeorientierten Denken der US-Amerikaner, selbst aus der Obdachlosigkeit Profite zu machen.[43] Zahlenmäßig bedeutender, 1988 bereits mit 3 Millionen beziffert, ist die „unsichtbare Obdachlosigkeit“, welche schätzungsweise zu 30% Familien betrifft, die nur ausnahmsweise öffentliche Sozialhilfe erbitten, und wo mit sehr unterschiedlichen Mitteln der Versuch unternommen wird, aus dem Hauptstrom der Gesellschaftsentwicklung nicht völlig herauszufallen.[44]

In Europa war Großbritannien das Mutterland der integrierten Stadt- und Regionalplanung des sozialen Wohlfahrtsstaates, es war andrerseits das Land, das unter der Regierung Thatcher massiv den Rückbau desselben eingeleitet hat. In diesem Zusammenhang ist der Abverkauf des ehemaligen „council-housing“ durch die Thatcher-Regierung die erste umfangreiche Reprivatisierung des öffentlichen Wohnungseigentums

[43] Hierzu zählt, unter anderem, die Vermietung von Garagen. So wurden 1988 allein in Los Angeles, der „Metropole der Obdachlosigkeit“, rund 42.000 Garagen an Obdachlose vermietet. Das Voucher-System der Sozialhilfe ist mit weit überhöhten Preisen verbunden, welche von den ORH („one-room-hotels") verlangt werden, deren hygienische Standards jeglicher Beschreibung spotten.

[44] Richard H. ROPERS (1988). *The Invisihle Homeless . A New Urban Ecology.* Human Sciences Press, New York.

Es ist bezeichnend für die amerikanische Sozialwissenschaft, daß Probleme wie Slumbildung, Stadtverfall, Blight-Phänomene und auch Obdachlosigkeit nur jeweils in der ersten Phase registriert werden, dann aber kaum mehr Aufmerksamkeit erwecken.

in Europa gewesen. Auch in anderen EU-Staaten, darunter in der Bundesrepublik Deutschland, ist inzwischen der öffentlich geförderte Wohnungsbau bzw. der soziale Wohnungsbau weitgehend reduziert worden.

Die vielgerühmte Gentrification im Gefolge der Stadterneuerung hat durch die Beseitigung von Substandardwohnungen eine Reduzierung des Niedrigmietensektors bewirkt und in Verbindung damit eine Anhebung der Mieten in den Innenstädten mit sich gebracht. Eine neue Wohnungsnot ist überall in den europäischen Metropolen festzustellen. Auch in ihnen ist seit den späten 80er Jahren die Obdachlosigkeit als Element im Straßenraum der Innenstädte, bei Bahnhöfen usw. auffällig geworden, doch wurden von den Stadtbehörden rasch Gegensteuerungsmaßnahmen durch die Schaffung von Obdachlosenheimen usw. gesetzt, so daß der für Nordamerika nicht gültige Ausspruch des ehemaligen Präsidenten Reagan, daß Obdachlosigkeit eine Lebensform „by choice“ sei, eher auf die europäischen Metropolen zutrifft.

2.6 Soziale Desorganisation und Kriminalität

Es mag erstaunen, daß die Kriminalität im Rahmen der Thematik der Sozialpolitik aufgelistet wird. Administrativ gehört sie zweifellos zu den Agenden von Innenministerien und Polizeiapparat. Sie wird jedoch hier angeführt, weil sie als wichtigstes und derzeit unlösbares Problem der amerikanischen Gesellschaft durch die verursachten Schäden gravierende indirekte Folgekosten für die Sozialpolitik erzeugt. Dabei bilden die zwischen 1977 und 1993 registrierten 350.000 Morde (!) nur die Spitze des Eisbergs. 1994 wurden aus dem Staatsbudget für die Omnibus Federal Crime Bill 20 Mrd. $ für die Aufstockung des Polizeiapparates und die Erweiterung der Gefängnisse, 1995 weitere

10,5 Mrd. $ für die Kosten von längeren Gefängnisaufenthalten der Inhaftierten zur Verfügung gestellt. 1994 befanden sich rund 2 Mio. Häftlinge in Gewahrsam.[45]

Die Bundesmittel für Verbrechensbekämpfung erreichen bereits die Höhe der Ausgaben für die Sozialprogramme. 1994 wurden für das AFDC-Programm (alleinerziehende Frauen) 22,8 Mrd. $, für das Disabled Programm 21,1 Mrd. $ und 1995 für das Food Stamp Programm 22,5 Mrd. $ aufgewendet.[46]

Die Kriminalität konzentriert sich in besonderem Maße in den Kernstädten der metropolitanen Regionen, und hier wieder in den „black ghettos". Amerika steht als „a ticking crime bomb" am Beginn einer neuen, zutiefst erschreckenden Welle der Gewaltverbrechen von Jugendlichen, organisiert in einem in den Kernstädten um sich greifenden flächenbeherrschenden Bandenwesen.[47] Tab. 4 zeigt die Verbrechensraten in den USA, der Bundesrepublik Deutschland, der Schweiz und in Österreich und belegt das für europäische Sicherheitsverhältnisse nahezu unglaubliche Ausmaß der Kriminalität in den USA. Eine Differenzierung nach ländlichen Räumen, Kleinstädten und Metropolen wurde in den USA zum letzten Mal 1987 ausgewiesen und ergab damals ein Verhältnis von 1:10 der Verbrechensraten zwischen ländlichen Räumen und Metropolen!

[45] Vgl. die außerordentlich informative Studie von John J. DiIulio, Jr. (1996), „Help Wanted: Economist, Crime and Public Polity", Journal of Economic Perspectives 10, 1, S. 3 – 24.
[46] American Statistical Abstracts 1996.
[47] 1992 wurde in den Ghettos der Afroamerikaner einer unter sechs Jugendlichen (im Alter zwischen 16 und 19 Jahren) Opfer von Gewaltverbrechen. Allein in Los Angeles County waren zu diesem Zeitpunkt über 400 Jugendbanden polizeibekannt. Vgl. FN 45.

Tabelle 4: Verbrechensraten in den USA 1993, der Bundesrepublik, der Schweiz und in Österreich 1996

	Gewaltverbrechen		Eigentumsdelikte
	Mord	Raub	Diebstahl u. Einbruch
	auf 1.000 Einwohner		
USA	>>42,6		124
Bundesrepublik	0,043	0,826	44,89
Schweiz	0,028	0,316	40,50
Österreich	0,022	0,258	27,91

Quelle: USA-Survey 1993: Polizeiliche Kriminalstatistik 1996.

Insbesondere Österreich kann mit 170 Morden (1997) noch als Insel der Sicherheit bezeichnet werden, freilich nicht beim Straßenverkehr, da die Zahl der Verkehrstoten im gleichen Jahr 1.100 betragen hat. Die Zahl der Gewaltverbrechen war 1998 in den USA mit 11 Mio. größer als die Einwohnerzahl Österreichs. Es ist einsichtig, daß in den USA für private Sicherheitsdienste bereits mehr ausgegeben wird als für die staatliche Polizei.

Aus dieser Unsicherheit ist die Bewegung der Gated Communities entstanden, der ummauerten, von Monitoren bewachten neuen Städte, die sich unglaublich rasch über Amerika verbreiten und eine von der Privatwirtschaft gesteuerte Reaktion breiter Mittelschichten darstellen, denen die bereits bestehenden Suburbs nicht mehr sicher genug sind. Etwa 10% der amerikanischen Bevölkerung leben bereits in derart geschützten Siedlungsstrukturen.

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

3. SOZIALPOLITIK UND REGIONALPOLITIK IN DER EU

3.1 Die Regime der Sozialpolitik

Die europäischen Wohlfahrtsstaaten heben sich durch die Höhe der Staatsausgaben und Sozialquoten klar von den USA und ebenso von Japan ab. Die Staatsausgaben betragen selbst in Irland schon 42% und erreichen in Schweden zwei Drittel des BIP. Die Spannweite der Sozialpolitik wird durch die Anteile der Sozialausgaben am BIP belegt. Sie reichen von 16,8% in Griechenland bis fast 40% in Schweden, das einen einsamen Spitzenplatz einnimmt.

Um die Komplexität der sozialen Wohlfahrtsstaaten zu erfassen, wurden zahlreiche Klassifikationssysteme und Typologien generiert. Sie gehen von der Intervention des Staates in die Marktmechanismen aus (Richard M. TITMUS), definieren die Abhängigkeit oder Unabhängigkeit der Sozialpolitik von der Wirtschaftspolitik (R. MISHRA) und fügen das Kriterium der Vollbeschäftigung ein (Göran THERBORN).

Großen Einfluß hatte die Analyse der Wohlfahrtsregime von Gösta ESPING-ANDERSEN, der an Therborn anschließt.[48] Er unterscheidet drei Regime, denen er drei Hauptvertreter zuordnet:

(1) das liberale Regime der USA,

(2) das korporatistische Regime der Bundesrepublik Deutschland,

(3) das sozialdemokratische Regime von Schweden.

[48] Gösta ESPING-ANDERSEN (1990), *Three Worlds of Welfare Capitalism.* Cambridge, Polity Press.

Eine Zuordnung aller EU-Staaten zu diesen Typen ist begreiflicherweise schwierig.[49] Stephan LEIBFRIED (1992) unterscheidet in seinem Artikel „Towards a European Welfare State“[50] in der EU noch zusätzlich die „latin rim countries“ und damit vier Regime der Sozialpolitik.[51] Heinz FASSMANN und Peter MEUSBURGER fügen aufgrund von Kriterien der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Regionalpolitik die Transformationsstaaten als 5. Gruppe hinzu.[52]

In der Tab. 5, welche die Staatsausgaben und Sozialquoten der sozialen Wohlfahrtsstaaten 1995 (1993) enthält, wird eine modifizierte Gliederung vorgenommen. *Die sozialen Regime der Wohlfahrtsstaaten der EU* sind mit verschiedenen Zielsetzungen ausgestattet und verfügen über unterschiedliche 1nterventionsstrategien.

(1) Die egalitären Wohlfahrtsstaaten Skandinaviens haben ihre Sozialpolitik auf das Ziel des Rechts auf Arbeit für jedermann zentriert und subventionieren den Eintritt und Nichtaustritt aus dem Arbeitsmarkt. Die Gleichbehandlung von Frauen ist ein wesentliches Ziel der egalitären Sozialpolitik. Alle Bürger besitzen dieselben „Sozialrechte“. Eine breite Palette von Einrichtungen der sozialen und technischen Infrastruktur ist allgemein zugänglich. Nur die Arbeitslosenversicherung beruht auf Freiwilligkeit.

[49] In der Berechnung sind bei Österreich in Tabelle 6.3 Fehler enthalten. Der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist mit 6% viel zu niedrig angegeben. 1995 betrug die Gesamtzahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst 579.411 Personen. Das entsprach 17,5% der Erwerbstätigen. (Sonderbeilage Öffentlicher Dienst zur Wiener Zeitung 11. 12. 1997.)

[50] Vgl. Zsuzsa FERGE and Jon Eivind KOLBERG (eds.), *Social Policy in a Changing Europe.* Public Policy and Social Welfare 10. Frankfurt/Main, Campus, S. 245 – 279.

[51] Nicht gefolgt werden kann der Zuordnung von Großbritannien zu den „residual welfare states“ der angelsächsischen Länder (vgl. S. 252). Großbritannien ist ein Wohlfahrtsstaat, der zurückgebaut wurde, aber nicht in Richtung auf das Modell der USA. Wesentliche Elemente, darunter das Beveridgesche Gesundheitssystem, wurden in modifizierter Form beibehalten.

[52] S. 236 in Heinz FASSMANN und Peter MEUSBURGER (1997), *Arbeitsmarktgeographie, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit im räumlichen Kontext.* Teubner Studienbücher der Geographie. Stuttgart.

Tabelle 5: Staatsausgaben und Sozialquoten der sozialen Wohlfahrtsstaaten (1993/1995)

	Staatsausgaben 1995	Sozialausgaben 1993	Sonstige Ausgaben in % d. BIP
USA	30,0	20,0	10,0
1. Egalitäre Wohlfahrtsstaaten			
Schweden	66,2	39,7	26,5
Dänemark	62,4	33,2	29,2
Finnland	57,6	34,4	23,2
2. Instrumentelle Wohlfahrtsstaaten			
Frankreich	53,7	30,9	22,8
Belgien	54,9	27,6	27,3
ÖSTERREICH	>> 54,9	>> 29,4	>>>25,5
Deutschland	49,5	31,0	18,5
Niederlande	50,9	33,6	23,3
3. Liberaler Wohlfahrtsstaat im Rückbau			
Großbritannien	43,4	27,8	15,6
Irland	42,0	21,4	20,6
4. Unvollständige Wohlfahrtsstaaten			
Italien	51,9	25,8	26,1
Spanien	44,3	24,0	20,3
Portugal	43,1	18,3	24,8
Griechenland	46,0	16,3	29,7

Quelle: EUROSTAT.

(2) Die institutionellen Wohlfahrtsstaaten Zentraleuropas, die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz, zu denen aufgrund des Systems der Sozialversicherung auch Frankreich und Belgien hinzuzurechnen sind, folgen paternalistisch-korporatistischen Prinzipien. Die Sozialpolitik verfügt über eine staatliche Organisation mit Ho-heitscharakter. Die staatliche Sozialgesetzgebung ist zwingendes Recht. Die soziale Sicherheit dient nicht allein den Arbeitnehmern, sondern externe Effekte machen sie zu einem öffentlichen Gut. Erfolgreiche Armutsbekämpfung erhöht auch die

Lebensqualität der Wohlhabenden, indem sie – so glaubt man – die Kriminalität eindämmt. Weitere Tätigkeitsfelder sind der Sozialpolitik zugewachsen: Altersversorgung der Selbständigen. Familienpolitik. Konsumentenschutz, Behindertenhilfe, Teilaspekte der Bildungspolitik, des Wohnungswesens, der Vermögensbildung. Auch in diesen Fällen impliziert Sozialpolitik eine Korrektur der Einkommensverteilung gegenüber dem Ergebnis marktwirtschaftlicher Prozesse.[53]

(3) Großbritannien ist *ein Wohlfahrtsstaat im Rückbau.* Seine Struktur folgte dem Beveridge-System mit niedrig angesetzten Benefizien, so daß ein Anreiz für Besserverdienende bestand, Privatversicherungen abzuschließen. Seit der neokonservativen Thatcher-Regierung wurde die Relation zwischen Staat und Markt im Hinblick auf das Aufgabenspektrum der Sozialpolitik zugunsten des letzteren verschoben. Als Hauptunterschiede gegenüber den USA verdienen Hervorhebung: die Mietbeihilfen für alle Arbeitslosen und Haushalte mit niedrigem Einkommen, die Arbeitslosenunterstützung und die Kinderbeihilfen."[54] Festzuhalten ist insgesamt, daß 18 Jahre konservativer Regierung wohl Stillegung und Privatisierung von Bahnen, Schließung und Privatisierung staatlicher Industriebetriebe und eine umfassende Privatisierung des Council Housing gebracht, das eigentliche Sozialpaket jedoch nur mäßig zurückgefahren haben.

(4) Die unfertigen Wohlfahrtsstaaten Südeuropas, darunter Spanien, Portugal und Griechenland, mit einer ausgeprägten karitativen Tradition und einem noch funktionierenden sozialen Netzwerk der Familie sind in ihren Verfassungen als soziale Wohl-

[53] Georg M. BUSCH (1989), „Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat“, in Hanns ABELE u. a.. *Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik*, 3. Aufl., Wien, Mainz, S. 345 – 368.
[54] E. M. TITMUSS (1987). "Developing Social Policy in Conditions of Rapid Change: the Role of Social Welfare“. In: ABEL-SMITH, B., TITMUSS, K. (eds.), *The Philosophy of Welfare. Selected Writings of Richard M. Titmuss.* Allen and Unwin, London, S. 262; Stephen McKAY (1996), “Inevitable or Ideological Change? Reforming British Social Security,“ in: Karl S. ALTHALER und Gregar MATJAN, *Vom Wohlfahrtsstaat zum Leistungsstaat?* Sonderzahl Verlag, Wien, S. 135 – 143.

fahrtsstaaten konstituiert, doch wird die institutionelle und instrumentelle Implementierung der Sozialprogramme durch die ökonomische Rückständigkeit behindert. Verwendet man ein gedankliches Entwicklungsmodell der Sozialstaatlichkeit, so befinden sich die genannten Idealtypen der sozialen Wohlfahrtsstaaten einerseits noch in der Take-off-Phase der Entwicklung wie die südeuropäischen Staaten, während andrerseits Großbritannien, das bisher bei allen sozioökonomischen Veränderungen in Europa die Funktion eines Leaders wahrnehmen konnte, in die Phase des Rückbaus eingetreten ist. Die egalitären Wohlfahrtsstaaten haben ebenfalls den Höhepunkt erreicht, der Umverteilungsgrad des BIP kann kaum mehr gesteigert werden. Die interne Umverteilung ist in eine Reformphase eingetreten.

Auch in den institutionellen Wohlfahrtsstaaten ist der Umbau und Rückbau des Sozialstaates in die erste Phase eingetreten. Die sich verstärkende Tendenz zur Privatisierung richtet sich gegen die tiefverwurzelte öffentliche Überzeugung, dass ein ausgedehntes Wohlfahrtssystem wünschenswert sei.[55] Es ist sehr schwierig, aus der geschaffenen obrigkeitlichen Struktur einen Weg der Delegierung der Sozialpolitik zurück zur Eigenvorsorge und auf die lokale Ebene und die Familie zu finden.

Eine Sonderstellung haben gegenwärtig die Niederlande, in denen die gesamte Sozialpolitik auf die Grundschichten und die unteren Mittelschichten zurückgefahren wurde (derzeit bis zu rund 18.000 öS Nettobezug im Monat), während die Besserverdienenden im Pensionssystem einerseits auf Betriebspensionen angewiesen sind und

[55] Es geht daher um eine Strategie der Ermutigung für den einzelnen Bürger, persönliche Renten aufzubauen und gleichzeitig die Grundrentenbeträge zu begrenzen. Die Taktik der kleinen Schritte kennzeichnet auch die Reformen im Gesundheitswesen, darunter im Krankheitsfall die Überprüfung durch den Arbeitgeber durch die Ausstellung der Krankenscheine, stärkere Selbstbeteiligung und die Zunahme der Privatbehandlung. Dem stehen jedoch die neue Pflegeversicherung in Deutschland, Österreich, Skandinavien und Belgien, neue Urlaubsansprüche für Beschäftigte für Ausbildungsmaßnahmen oder Kinderbetreuung usw. entgegen.

sich andrerseits mittels Privatversicherungen für das dritte Lebensalter absichern müssen. Dasselbe gilt für das Gesundheitssystem. Schwierig ist begreiflicherweise die Lage der mittleren Einkommensbezieher mit rund 18.000 bis 25.000 öS netto, die sich nun mehr mit Privatversicherungen arrangieren müssen. Die Niederlande sind ferner mit einem Teilzeitanteil von 37% der Spitzenreiter in der EU hinsichtlich der Flexibilisirung des Arbeitsprozesses, wobei dem einzelnen Bürger auch die Akkumulation von Teilzeitverträgen möglich ist.

Nun haben die Niederlande durch die Kombination von einer sehr alten Tradition der Stadt- und Regionalplanung, welche reglementierend bis ins letzte Detail von Haus. Hof und Grundstücken eingreift und egalitären Prinzipien folgt, mit einem hoch entwickelten öffentlichen Verkehrssystem, einer ebenso hoch entwickelten technischen und sozialen Infrastruktur, und andrerseits den Wirtschaftsinteressen von nationalen Großkonzernen, wie Philips, eine bisher relativ günstig scheinende Voraussetzung dafür, daß derart drastische Umstrukturierungen des Arbeitsmarktes, wie sie derzeit stattfinden, nicht zur Exklusion breiter Bevölkerungskreise führen. Das niederländische Arbeitsmarktmodell ist daher nur mit Einschränkungen auf andere Kleinstaaten übertragbar.

[56] Umberto ASCOLI (1986), "The Italian Welfare between Incrementalism and Rationalization", in: BALBO Laura und Helga NOWOTNY (eds.), *Time to Care in Tomorrow's Welfare Systems: The Nordic Experience und the Italian Case*. Wien: Europäisches Zentrum für soziale Wohlfahrtspolitik und -forschung.

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

3.2 Metropolen und Regionen in Europa

Knapp vor dem Fall des Eisernen Vorhangs im Jahr 1989 wurde von dem französischen Geographen Roger BRUNEI eine funktionelle Analyse von 165 Agglomerationen der EG durchgeführt,[57] auf der die Gliederung der EU in metropolitane Kernräume und Peripherien beruht. Das metropolitane Rückgrat von „Europa“ bildet die westeuropäische Megalopolis, im Jargon der Medien als „Banane“ popularisiert. Sie schließt die historische Städteachse von Oberitalien nach Flandern ein und reicht im Norden bis London. Der Freizeitgesellschaft dieser Megalopolis dienen die Freizeitsiedlungen im Norden des „Sunbelts“. Die Analogien zu Nordamerika sind offensichtlich. Zwei Peripherien stehen den Kernräumen gegenüber: eine atlantische von Irland über Wales bis Nordportugal und eine mediterrane, welche Südspanien, Süditalien und Griechenland umfaßt.

Mit der Ostöffnung und der Wiedervereinigung Deutschlands ist eine zweite metropolitane Achse von Berlin über Prag nach Wien und Budapest im Entstehen begriffen, welcher das 21. Jahrhundert einen starken Bedeutungszuwachs bringen wird, wenn die Osterweiterung der EU stattfindet.[58] Damit sondert sich ein Kernraum mit zwei metropolitanen Achsen von den peripheren Regionen im Süden und Osten (vgl. Fig. 5). Die Entwicklungen sind unterschiedlich. Die südeuropäischen Staaten haben zunächst Gastarbeiter gestellt und sind heute Zielgebiete der Regionalförderung der EU. Gleichzeitig ist der Sunbelt in attraktiven Lagen am Meer und in mittleren Gebirgshöhen dabei, zum Freizeitraum des Frostbelts zu mutieren, so daß weitere Einkommenstransfers erfolgen werden.

[57] Roger BRUNET (1989), *Les villes Européennes.* DATAR, Reclus, Paris.
[58] Elisabeth LICHTENBERGER (1997), *Österreich. Wissenschaftliche Länderkunde.* Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, S. 327, Fig. 74.

Anders im Osten. Die postsozialistischen Staaten, vor allem Ungarn, Tschechien, Polen, Slowenien, bilden die „natürliche“ Wachstumsfront der Joint-ventures. Ökonomisch gesteuert, nicht von der EU reglementiert, folgen sie – bisher jedenfalls – unterschiedlichen nationalstaatlichen Modellen der Ökonomie, einem liberalen in Tschechien, einem wohlfahrtsstaatlichen in Ungarn. Ihre Hauptstädte sind dabei, Eurometropolen zu werden.

3.3 EU-Regionen und Regionalpolitik

Der ständig in immer neuen Erklärungsmustern strapazierte Begriff „Europa der Regionen“ soll hier nicht erörtert werden. Es geht nicht um eine Retrospektive auf historisch-politische Territorien, auf Landschaftsräume oder Wirtschaftsregionen, sondern um die normativen Struktureinheiten der neu geschaffenen statistischen Landkarte der EU mit den NUTS-I-, NUTS-II- und NUTS-III-Regionen, welche von den einzelnen EU-Staaten teils in kompletter Übernahme der spezifischen politisch-administrativen Landkarte geschaffen wurden, wie in der BRD, bzw. Neugliederungen darstellen wie in Österreich.

Peripheren Regionen begegnet man im Rahmen der nationalen Regionalpolitik bzw. nunmehr im Rahmen der Strukturpolitik der EU, wo sie zu Zielgebieten von Förderungsmitteln avancieren, mit deren Vergabe bestehende Disparitäten der sozioökonomischen Ausstattung beseitigt werden sollen.

In den 80er Jahren konzentrierten sich die Mittel der EG auf die gemeinsame Agrarpolitik (GAP), auf die noch immer rund die Hälfte der Ausgaben entfällt. Seither hat jedoch die Regionalpolitik an Bedeutung gewonnen. Der Ausbau ist beachtlich. 1988 standen rund 100 Mrd. öS, 1996 bereits 800 Mrd. öS zur Verfügung. Im Planungszeitraum 1994-1999 werden rund 2 Billionen öS in peripheren Regionen investiert. Bis 1999 wird eine Steigerung auf 83% der Haushaltsmittel erfolgen (EUROSTAT).

Die EU-Regionalpolitik widmet sich gemäß der seit 1986 geltenden Zielsetzungen folgenden Problemgebieten:

- Regionen mit besonderem Entwicklungsrückstand (Ziel-l-Gebiete). Hierbei handelt es sich um vorwiegend landwirtschaftliche Gebiete mit Entwicklungsrückstand, relativ niedrigem Einkommensniveau (70% BIP), hoher Arbeitslosigkeit und unzureichender Infrastruktur. Im Zielgebiet l leben etwa 21% der Bevölkerung der EU.
- Regionen, die von industrieller Umstrukturierung betroffen sind (Ziel-2-Gebiete). Hierbei handelt es sich um im Niedergang befindliche Industriegebiete mit Eisen-, Stahl- und Schiffsbau bzw. Textilindustrie mit zahlreichen Betriebsschließungen und hohen Arbeitslosenzahlen, ferner um Bergbaugebiete in der Krise. Im Zielgebiet 2 leben rund 15% der Bevölkerung (48 Mio.). Hierzu kommen ferner Gebiete mit hoher Langzeit- bzw. Jugendarbeitslosigkeit und besonderen Schwierigkeiten beim Berufseinstieg.
- Ländliche Gebiete in Randlage mit schwacher Wirtschaftsstruktur (Ziel-5-Gebiete), in denen die Notwendigkeit der Verbesserung der Produktions-, Verarbeitungs- und Vertriebsstrukturen in Land- und Forstwirtschaft besteht bzw. die Schaffung von Arbeitsplätzen im nichtlandwirtschaftlichen Sektor angestrebt wird. Im Zielgebiet 5 b leben rund 5% der Bevölkerung (15 Mio.).

Ab 1994 wurden auch Nettobeitragszahlern wie der Bundesrepublik Deutschland oder Österreich Förderungsmittel in größerem Umfang gewährt. Gegenüber der bisherigen Regionalförderung in Österreich ist durch den Beitritt zur EU eine Änderung der Programmatik erfolgt.[59] Bis dahin galt auch die Wirtschaftsförderung in Zentralräumen als regionalpolitische Aufgabe. Damit ist es nun vorbei. Die Sichtweise der EU ist anders. Regionalpolitik und Regionalförderung haben die Aufgabe, entwicklungsschwache Regionen zu fördern. Metropolen gewährt die EU keine Strukturfondsmittel.

Die Verteilung der Strukturfondsmittel nach Mitgliedstaaten für den Zeitraum von 1994 bis 1999 ist aus Tabelle 6 zu entnehmen. Spanien steht mit mehr als einem Fünftel an erster Stelle unter den geförderten Staaten, in der Kopfquote rangiert Irland an erster Stelle, gefolgt von Griechenland und Portugal. In Frankreich und Großbritannien geht es um die Förderung der Restrukturierung von alten Industriegebieten.

Die Entwicklung nach 1999 ist derzeit nicht abschätzbar. Die Osterweiterung im nächsten Jahrhundert wird jedenfalls eine größere Reform des Strukturfonds mit sich bringen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß im Falle des Anschlusses der bereits assoziierten mitteleuropäischen Staaten (Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien) ein Rückzug der EU-Regionalpolitik aus den reicheren EU-Staaten erfolgt und neue Peripherien und Fördergebiete im Osten dieser Staaten ausgewiesen werden, davon wäre Ostdeutschland ebenso wie das Burgenland betroffen. Die Ausweisung von neuen Peripherien und Fördergebieten im Zuge der Osterweiterung hätte wahrscheinlich ebenso eine Neudefinition von Entwicklungsgebieten in Südeuropa und auch hier möglicherweise eine Reduzierung der Fördermittel zur Folge.

[59] LICHTENBERGER (1997), loc. cit. FN 58, S. 323.

Tabelle 6: Strukturfondsmittel der EU nach Mitgliedstaaten 1994-1999

Zielgebiete	1 entwicklungsschwache Gebiete	2 3 4 Krise der Industrie u. hohe Arbeitslosigkeit	5a 5b Ländlicher Raum	Gemeinschaftsprogramme	Insgesamt	ECU/ Einwohner
Spanien	26.300	2.973	1.110	2.428	32.810	837
Italien	14.860	2.399	1.715	1.705	20.679	362
BRD	13.640	2.975	2.370	1.902	20.586	252
Portugal	13.980	-	-	1.416	15.396	1.426
Griechenland	13.980	-	-	1.086	15.066	1.441
Frankreich	2.190	4.968	4.170	1.422	12.750	219
Großbritannien	2.360	5.519	1.634	1.119	10.265	176
Irland	5.620	-	-	384	6.004	1.676
Niederlande	150	1.379	315	241	2.084	135
Belgien	730	625	272	233	1.859	184
Finnland	-	AD	AD	-	1.704	334
ÖSTERREICH	184	AD	AD	-	1.623	202
Schweden	-	AD	AD	-	1.420	161
Dänemark	-	357	321	89	767	147
Luxemburg	-	30	46	13	89	217
in Mio. ECU	93.994	21.977	11.953	12.038	143.102	384

Quelle: EUROSTAT

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

3.4 Ausblick

Eine Sozialunion ist in der EU noch nicht in Sicht. Im Sozialpolitischen Weißbuch von 1994 ist nachzulesen, daß auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Ziele Defizite beseitigt werden sollen, ohne daß die unterschiedlichen Systeme sozialer Sicherheit der Mitgliedstaaten berührt werden. Mindeststandards werden als geeignetes Instrument angesehen, um stufenweise, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Leistungskraft der Mitgliedstaaten, wirtschaftliche und soziale Konvergenz zu verwirklichen.

Es bleibt daher den einzelnen Staaten überlassen, die Effekte der globalen Wirtschaft abzupuffern und der Exklusion von großen Teilen der Bevölkerung (wie etwa in den USA) gegenzusteuern. Mehrere Ansätze sind hervorzuheben:

- Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt verbunden mit einer Gegensteuerung gegen Arbeitslosigkeit ist am besten im niederländischen Teilzeitarbeitsmodell realisiert, mit dem die Arbeitslosenquote drastisch heruntergefahren wurde.
- Gleichzeitig bieten die Niederlande das Modell der Sozialpolitik für eine Bottom-up-Zweidrittelgesellschaft, welches sich grundsätzlich von dem Top-down-Modell der USA unterscheidet, in dem die unteren Strata ausgeschlossen sind.
- Das britische Beispiel der Umstrukturierung eines egalitären Gesundheitswesens durch massive Unterstützung der Eigenhilfe hat soziale Netze reaktiviert und damit ebenfalls ein Vorbild gesetzt.
- Für eine familienorientierte Sozialpolitik (und Steuerpolitik), welche notwendig ist, um den Fragmentierungsphänomenen der postindustriellen Gesellschaft gegenzusteuern, bietet Frankreich das Beispiel.

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

Festgehalten sei, daß eine europäische Sozialpolitik als Gegenmodell zu den USA ein Zweidrittelmodell von Grundschichten und unteren Mittelschichten umfassen und auf Kinder, Jugendliche und die Haushalte, in denen sie leben, orientiert sein muß, um deren ökonomischer Degression gegenzusteuern.

Im räumlichen Kontext kommen einerseits im Zuge der Metropolitanisierung dem Munizipalsozialismus und andrerseits zur Verhinderung einer weiteren Peripherisierung peripherer Gebiete der Regionalpolitik wesentliche Aufgaben zu.

Es ist die Überzeugung der Autorin, daß bei Beibehaltung des politischen Systems des Munizipalsozialismus die europäischen Metropolen nicht auf den Kurs der amerikanischen Metropolenentwicklung, deren Schattenseiten gekennzeichnet wurden, einschwenken werden.

Der Munizipalsozialismus bedeutet, daß die meisten Einrichtungen der technischen und sozialen Infrastruktur zum kommunalen Aufgabenbereich geboren, die Massenverkehrsmittel ebenso wie die Gas- und Elektrizitätswerke. Doch wichtiger als der soziale Wohnungsbau, das soziale Grün und die öffentlichen Feizeiteinrichtungen ist jedoch das öffentliche Schulwesen, welches ganz entscheidende integrative Aufgaben für die Eingliederung der Zuwanderer besitzt.

Im 21. Jahrhundert wird sich auch in Europa der Prozeß der Metropolitanisierung weiter verstärken. Metropolen werden zur dritten Kraft neben den großen internationalen Konzernen und der supranationalen Ebene der EU-Kommission avancieren. Ihre politischen Eliten und Manager werden einerseits transkontinentale Wirtschaftspolitik betreiben, Allokationsstrategien für die Anziehung von internationalen Konzernen ausstilisieren und andrerseits munizipale Sozialpolitik zur Reduzierung sozialer Konflikte und Probleme weiterhin fortführen, wie dies im 20. Jahrhundert geschehen ist. Durch

zwei Elemente werden sich im 21. Jahrhundert die Metropolen in den Vereinigten Staaten von Europa von denen der Vereinigten Staaten von Nordamerika unterscheiden: durch den legistisch abgesicherten Fortbestand des historischen Primats von Hauptstädten der Nationalstaaten und den Fortbestand des Munizipalsozialismus. Das historische Primat bedeutet, daß klare hierarchische Strukturen im Organisationsaufbau unterhalb der Ebene der EU bestehen bleiben werden, die in dieser Form in den USA ebenso fehlen wie der Munizipalsozialismus.

Die Europäische Union ist dabei, ein „global player" im Rahmen der Globalisierung der Ökonomie zu werden. Mit der Ausgestaltung der Europäischen Union wird eine regionalpolitische „Zwischendecke" im „global/national interplay" eingezogen.

Die Regionalpolitik der EU schließt den Sektor der Sozialpolitik im Sinne eines regionalen Disparitätenausgleichs ein. Regionen erhalten damit einen spezifischen „sozialen Stellenwert". Mit der Etablierung einer europäischen Regionalpolitik, welche über beachtliche Mittel verfügt, werden sich im 21. Jahrhundert die Vereinigten Staaten von Europa grundlegend von den Vereinigten Staaten von Nordamerika unterscheiden.

Mit einer optimistischen These sei geschlossen: Der Umbau der Sozialpolitik wird Spezifika der sozialen Wohlfahrtsstaaten in Europa nicht beseitigen können. Grundsätzlich geht es bei diesem Umbau um mehr als um die Sozialpolitik im engeren Sinn, wie die Finanzierung des Pensionssystems und der Sozialfürsorge. Es geht um den gesamten bisherigen „sozialen" Dienstleistungssektor der Staaten, die gesamten Bildungseinrichtungen, von den Volksschulen bis zu den Universitäten, das Gesundheitswesen, den subventionierten öffentlichen Verkehr, die subventionierte Landwirtschaft, den sozialen Wohnungsbau, das „soziale Grün" und die sozialen Freizeiteinrichtungen, es geht um die Regionalpolitik für zentrale Orte und entwicklungsschwache Gebiete.

Sozialpolitik wird auch in mittelfristiger Zukunft keine Stand-alone-Politik sein können, sondern Teil einer integrierten Gesellschafts-, Regional- und Kommunalpolitik bleiben, bei der spezifische nationale Lösungen für das Problem des Umbaus gefunden werden müssen, unabhängig davon, in welchem Tempo von der Europäischen Kommission eine europäische Sozialunion mit Mindeststandards der Arbeitsmarktpolitik aufgebaut werden kann.

BIBLIOGRAPHIE

AMBLER, John S. (1991): *The French Welfare State.* New York, Univ. Press.

ARMINGEON, Klaus (1993): „Korporatismus im Wandel. Ein internationaler Vergleich.“ In: TALOS, Emmerich (Hrsg.), *Sozialpartnerschaft. Kontinuität und Wandel eines Modells.* Verlag für Gesellschaftskritik, Wien, S. 295 – 309.

ASCOLI, Umberto (1986): „The Italian Welfare State between Incrementalism and Rationalization“. In: BALBO, Laura und NOWOTNY, Helga (eds.), *Time to Care in Tomorrow’s Welfare Systems: The Nordic Experience and the Italian Case.* Wien: Europäisches Zentrum für soziale Wohlfahrtspolitik und -forschung.

BLESSING, Karlheinz (1987): *Die Zukunft des Sozialstaats: Grundlagen und Vorschläge für eine lokale Sozialpolitik.* Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung 98, Opladen, Westdeutscher Verlag.

BROTCHIE, John et al. (eds.) (1995): *Cities in Competition. Productive and Sustainable Cities for the 21st Century.* Melbourne, Longman.

BRUNET, Roger (1989): *Les villes Européennes.* DATAR, Reclus, Paris.

BUNDESMINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, BAUWESEN UND STÄDTEBAU (1994): *Europäische Raumentwicklung,* Beratungsergebnisse des informellen Raumordnungsministerrates in Leipzig am 21. und 22. September 1994, Karte 3B.

BUSCH, Georg M. (1989): „Sozialpolitik und Wohlfahrtsstaat." In: ABELE, Hanns u. a., *Handbuch der österreichischen Wirtschaftspolitik,* 3. Aufl., Wien, Mainz, S. 345 – 368. Colloque „Ville en mouvement" (1989. Paris, France). *Cities inMovement: Urban Systems on the Eve of the 21st Century.* Union géographique internationale, Leuven, Geographisch Intstituut, Katholieke Universiteit Leuven (1991). Series title: Acta geographica I.ovaniensia 31.

DIIULIO, John. Jr.(1996): *Help Wanted: Economist, Crime and Public Polity.* Journal of Economic Perspectives 10, 1, S. 3-24.

DÖRING, Diether und HAUSER, Richard (Hrsg.) (1989): *Politische Kultur und Sozialpolitik. Ein Vergleich der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland.* Frankfurt Main. Campus.

ESPING-ANDERSEN, Gösta (1990): *Three Worlds of Welfare Capitalism.* Cambridge, Polity Press.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (1993ff.): *Portrait der Regionen.* Luxemburg.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (1994): *Europa 2000.* Luxemburg.

EUROPÄISCHE KOMMISSION (Hrsg.) (1995): *Soziales Europa.* Beiträge zur Erstellung des Weißbuches über die europäische Sozialpolitk. Luxemburg.
EUROSTAT (Hrsg.) (1992): *Erhebung über Arbeitskräfte*: Ergebnisse 1992.

FASSMANN, Heinz et al. *(1988):Kindergärten in Österreich .Angebot, Nachfrage, Defizite.* Bundesministerium für Umwelt. Jugend und Familie. Wien.

FASSMANN, Heinz et al. (1996): *ÖROK-Bevölkerungsprognose 1991 – 2021*. Schriftenreihe Österreichische Raumordnungskonferenz. Nr. 126. Wien.

Fassmann. Heinz und LICHTENBERGER, Elisabeth (Hrsg.) (1995): *Märkte in Bewegung. Metropolen und Regionen in Ostmitteleuropa.* Böhlau Verlag. Wien.

FASSMANN. Heinz und MÜNZ, Rainer (eds.) (1994): *European Migration in the Late Twenthies Century.* Edward Elgar, Adlershot Hants.

FASSMANN Heinz und MEUSBURGER, Peter (1997*): Arbeitsmarktgeographie. Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit im räumlichen Kontext.* Teubner Studienbücher der Geographie. Stuttgart.

FERGE, Zsuzsa and KOLBERG, Jon Eivind (eds.) (l992): *Social Policy in a Changing Europe.* Public Policy and Social Welfare 10. Frankfurt/Main. Campus.

FELDSTEIN, Martin ans SAMWICK, Andrew (1997): *The Economics of Prefunding Sozial Security and Medicare Benefits.* Working Papers series. No. 6055. Cambridge. MA. National Bureau of Economic Research.

GAPPERT, Gary and KNIGHT Richard V. (1982): C*ities in the 21st Century*. Urban Affairs Annual Reviews 23. Beverly Hills, Calif. Sage Publ.

GASPAR, Jess and GLAESER, Edward L. (1996): *Information Technology and the Future of Cities.* Working Paper series, no. 5562. Cambridge. MA. National Bureau of Economic Research.

GINSBURG, Normen (1992): *Division of Welfare: a Critical Intoduction to Comparative Public Policy.* London. Sage Publ.

HEIDENHEIMER, Arnold J, HELCO, Hugh and TEICH, Adams, Carolyn (eds.) (1990): *Comparative Public Policy: The Politics of Social Choice in America, Europe, and Japan.* 3rd. ed., New York. NY. St. Martin 's Press, Houndsmills. Basingstoke. Hampshire. distributed by Macmillan Education LTD.

HENKEL, Heinrich A. (1981): *Das wohlfahrtsstaatliche Paradoxon. Armutsbekämpfung in den USA und in Österreich.* Göttingen. Schwartz.

HOEST, Raphael L. (1996): Zur Bedeutung der sozialen Dimension des europäischen Binnenmarktes." In: SCHÖNING, Werner und L'HOEST, Raphael (Hrsg.) *Sozialstaat, wohin? Umbau. Abbau oder Ausbau der sozialen Sicherung.* Darmstadt. Wiss. Buchgesellschaft. S. 191 – 216.

INTA World Conference (1996): *Strategies for Cities of the 21st Century.* Contributions to the 19th INTA World Conference, Wien.

JANSSON, Bruce S. (1997): *The Reluctant Welfare State: American Social Welfare Policies – Past, Present and Future. 3rd.* ed., Pacific Grove. Calif., Brooks/Cole Publishing.

JOHNSTON, Ronald J (1993): "The Rise and Decline of the Corporate-welfare State: a Comparative Analysis in Global Context." In: TAYLOR,. Peter J. (ed.). *Political Geography of the Twentieth Century.* London. Belhaven. S. 115 – 170.

KASKARDA, J. D. (1986): *The Regional and urban Disitribution of People and Jobs in the* U.S. National Academy of Sciences.

McKAY, Stephen (1996): "Inevitable of Ideological Change? Reforming British Social Security." In: ALTHALER, Karl S. und MATJAN, Gregor. *Vom Wohlfahrtsstaat zum Leistungsstaat?* Sonderzahl Verlag. Wien. S. 135 – 143.

KING, Anthony D. (ed.) (1996): *Re-Presingting the City: Ethnicity, Capital and Culture in 21st Century Metropolis.* Basingstoke. Macmillan.

LEDEBUR, Larry C. (1988): C*ities and the Future of the U.S. Economy.* Washington, D.C. National League of Cities. Series title: Research Report on America 's Cities.

LEIBFRIED, Stephan (1992): "Towards a European Welfare State?" In: FERGE, Zsuzsa and KOLBERG, Jon Eivind (eds.), *Social policy in a changing Europe.* Public policy and social welfare 10. Frankfurt/Main. Campus. S. 245 - 279.

LEIBFRIED, Stephan (ed.) (1995): *European Social Policy – Between Fragmentation and Integration.* Washington, D.C., The Brookings Inst.

LICHTENBERGER, Elisabeth (1987): „Guestworkers – Life in two Societies." In: G. GLEBE and O'LOUGHLIN J. (eds.), *Foreign Minorities in Continental European Cities.* Erdkundliches Wissen 84, S. 240 – 257.

LICHTENBERGER, Elisabeth (1989): „Stadtentwicklung in Europa und Nordamerika – kritische Anmerkungen zur Konvergenztheorie." In: HEYER, R. und HOMMEL, M. (Hrsg.). *Stadt und Kulturraum.* Schöller-Festschrift. Bochumer GA 50, 1989, S. 113-129.

LICHTENBERGER, Elisabeth (1990a): *Die Auswirkungen der Ära Reagan auf Obdachlosigkeit und soziale Probleme in den USA,* Geographische Rundschau 42, 9, S. 476 – 481.

LICHTENBERGER, Elisabeth (1990b): *Die „Neue Obdachlosigkeit“*, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, 47. Dt. Geographentag Saarbrücken 1989, S. 414 – 422.

LICHTENBERGER, Elisabeth (1991): *Stadtgeographie I. Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse.* Teubner, Stuttgart. Abb. 100, S. 233.

LICHTENBERGER, Elisabeth (1993): ..Die Zukunft von Wien. MunizipalsoziaIismus versus Internationalisierung." 1n: PETZ, U. von und SCHMALS, K. M. (Hrsg.), *Metropole. Weltstadt. Global City: Neue Formen der Urbanisierung.* Dortmunder Beiträge zur Raunplanung 60, IRPUD,. Dortmund. S. 155 - 176.

LICHTENBERGER, Elisabeth (1995a): *The Future of the European City in the West, and the East.* European Review 3, 2, S. 182 – 193.

LICHTENBERGER, Elisabeth (1995b): *Der Immobilienmarkt im politischen Systemvergleich.* Geographische Zeitschrift 83, 1, S. 21 – 29.

LICHTENBERGER, Elisabeth (1995c): *Schmelztiegel Wien. Das Problem der „neuen Zuwanderung“ von Ausländern.* Geographische Rundschau 47, 1, S. 10 – 17.

LICHTENBERGER, Elisabeth (1997): *Österreich. Wissenschaftliche Länderkunde.* Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt, Fig. 74, S. 327.

MAYDELL, Bernd v. und KANNENGIESSER, W. (Hrsg.) (1988): *Handbuch Sozialpolitik.* Res publica, Pfullingen, Neske.

MESCH, Michael (1995): *Sozialpartnerschaft und Arbeitsbeziehungen in Europa.* Manzsche Verlagsbuchhandlung, Wien.

MESSU M. (1992): *Familienpolitik und soziale Einkommenspolitik: Kindergeld für Alleinerziehende in Frankreich.* Internationale Revue für Soziale Sicherheit, Bd. 45, 3, S. 79 – 91.

MISHRA, R. (1984): *The Welfare State in Crisis.* Brighton: Wheatsheaf.

MURSWIECK. Axel (1988): *Sozialyolitik in den USA: Eine Einführung.* Opladen, Westdeutscher Verlag.

OECD (Hrsg.) (1996): *Social Expenditure* 1960 – 1990, Paris, OECD.

Oecd (Hrsg.) (1994): Cities of the 21st Century. Paris, OECD.

ÖROK (Hrsg.) (1996): *Position Österreicher im Rahmen der Europäischen Raumentwicklungspolitik.* ÖROK-Schriftenreihe Nr. 125, Wien.

PINCH, Steven (1997): *Worlds of Welfare. Understanding the Changing Geographies of Social Welfare Provsion.* Routledge, London-New York.

PRATSCHER, Kurt (1996): Sozialhilfe in Österreich. „Überlegungen zur subsidiären Sozialstaatlichkeit." In: ALTHALER, Karl S. und MATJAN, Gregor. *Vom Wohlfahrtstaat zum Leistungsstaat?* Sonderzahl Verlag, Wien, S. 115 – 126.

PRICE, Charles und TSOUROS, Agis (eds.) (1996): *Our Cities, our Future: Policies and Action Plans for Health and Sustainable Development.* Kopenhagen, WHO Healthy Cities Project Office.

PROGNOS-Gutachten 1995 für den Verband Deutscher Rentenversicherungsträger, *Perspektiven der gesetzlichen Rentenversicherung für Gesamtdeutschland vor dem Hintergrund veränderter politischer und ökonomischer Rahmenbedingungen.* DRV-Schriften Band 4, Frankfurt 1995.

ROPERS Richard H. (1988): *The Invisible Homelsas. A new Urban Ecology.* Human Sciences Press, New York.

SCHÖNIG, Werner und L'HOEST, Raphael (Hrsg.) (1996): *Sozialstaat wohin? Umbau, Abbau oder Ausbau der sozialen Sicherung.* Darmstadt, Wiss. Buchgsellschaft.

SKOCPOL, Theda (1995): *Social Policy in the United States – Future Possibilities in Historical Perspectives.* Princeton, NJ, Princeton Univ. Press.

STEINBACH, Günther (Hrsg.) (1995): *Die Gesellschaft und ihre Verpflichtung. Sozialpolitik für das 21. Jahrhundert. Wien. Verlag des Österr. Gewerkschaftsbundes*

THERBORN, Göran (1987): *Welfare State and Capitalist Markets.* Acta Socialogica, 30, S.237 – 257.

TITMUSS, Richard M (1974): Social Policy. Allen and Unwis, London.

TITMUSS, Richard M. (1987): "Developing Social Policy in Conditions of Rapid Change: the Role of Social Welfare." In: ABEL_SMITH, B., TITMUSS, K. (eds.). *The Philosophpy of* W*elfare. Selected Writings of Richard M. Titmuss.* Allen and Unwin, London, S. 245-268.

WALWAI, U1rich (1996): „Mehr Beschäftigung durch Umbau des Sozialstaats?". In: SCHÖNING, Werner und L'HOEST, Raphael (Hrsg.) *Sozialstaat wohin? Umbau. Abbau oder Ausbau der sozialen Sicherung.* Darmstadt. Wiss. Buchgesellschaft. S. 13 – 35.

STATISTIKEN

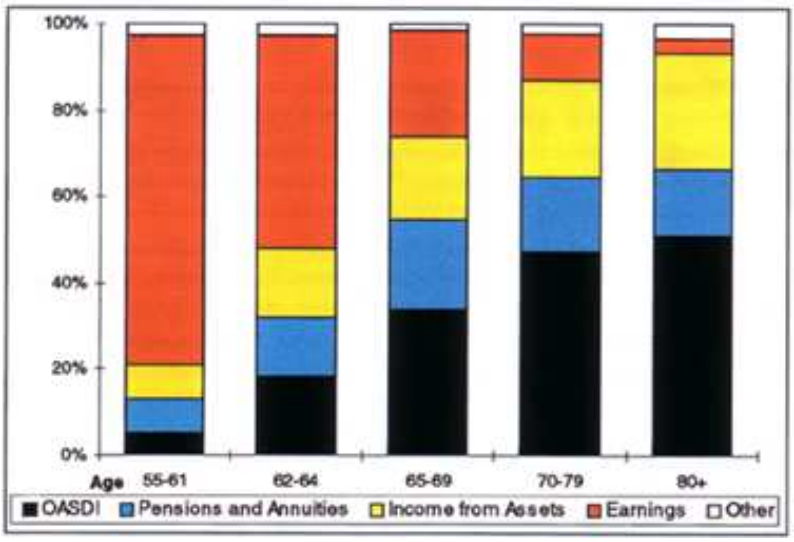
American Statistical Abstracts 1996.

EUROSTAT, Europäische Kommission, Luxemburg.

Statistisches Jahrbuch für die Republik Österreich 1966, 1995.

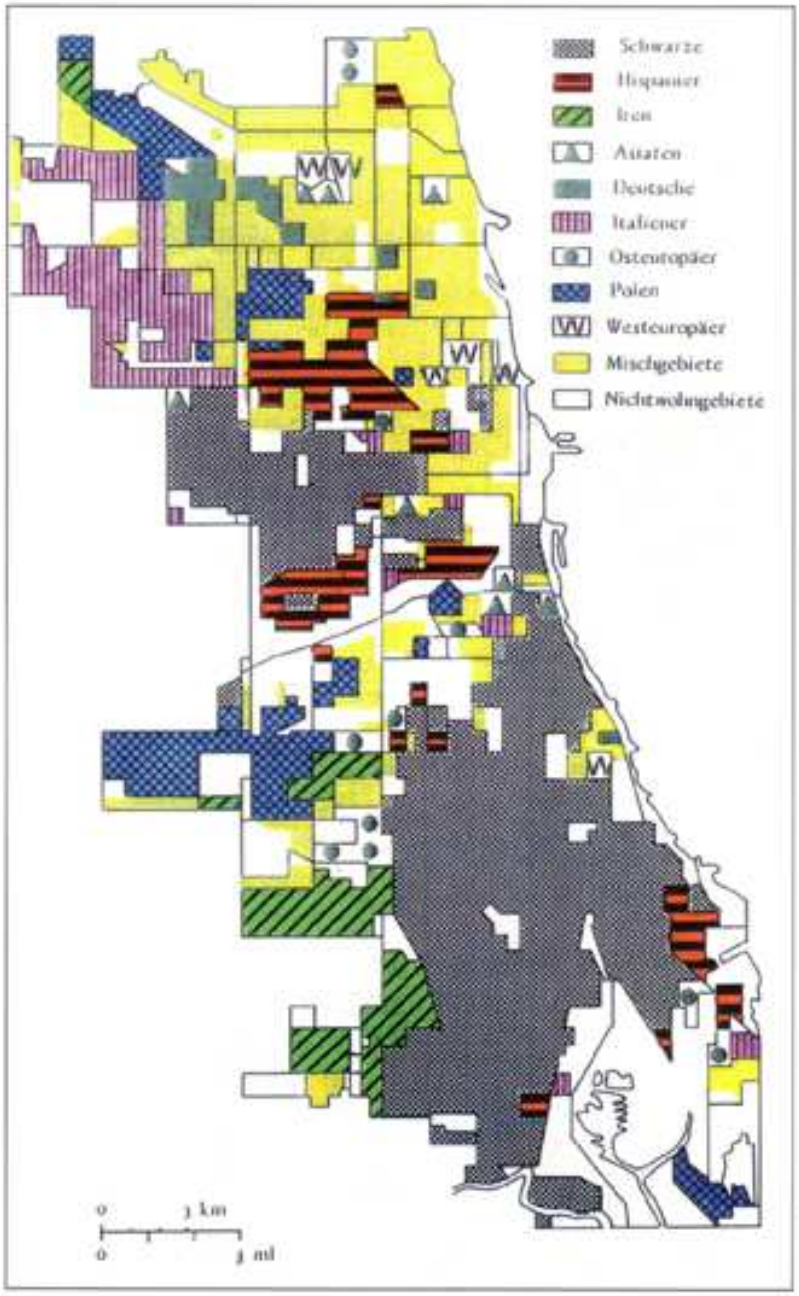
FIGURENVERZEICHNIS

Figur 1: Einkommensquellen der Bevölkerung ab 55 Jahren in den USA 1992



Quelle: Employee Benefit Research Institute, Washington DC

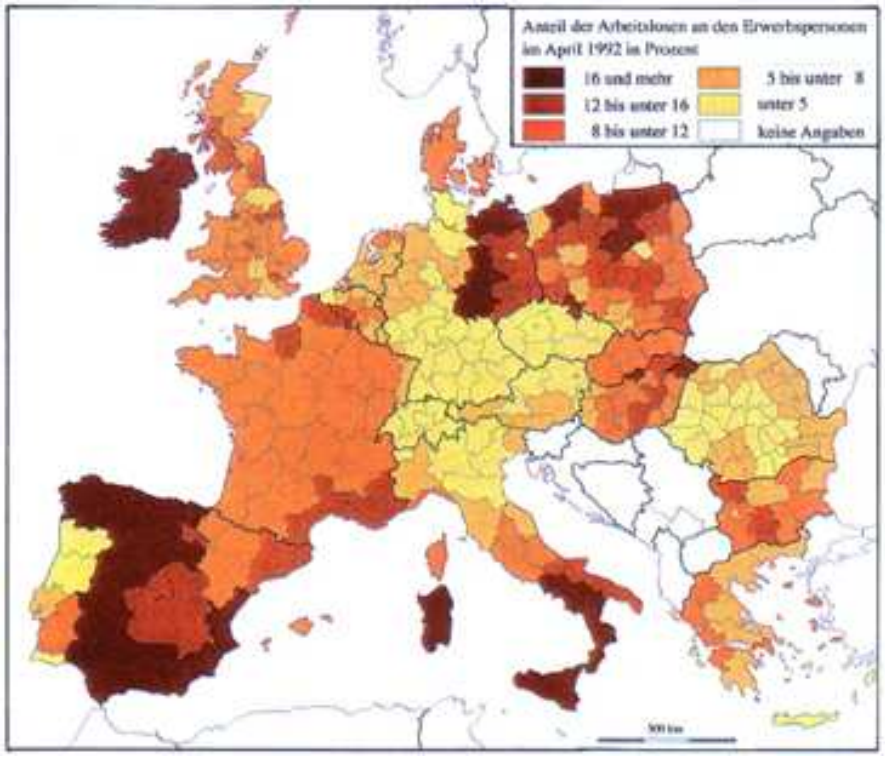
Figur 2: Ethnisch-anthropologische Viertel in Chicago 1981



Quelle: E. LICHTENBERGER (1991), S. 233.

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

Figur 3: Arbeitslosigkeit in Europa



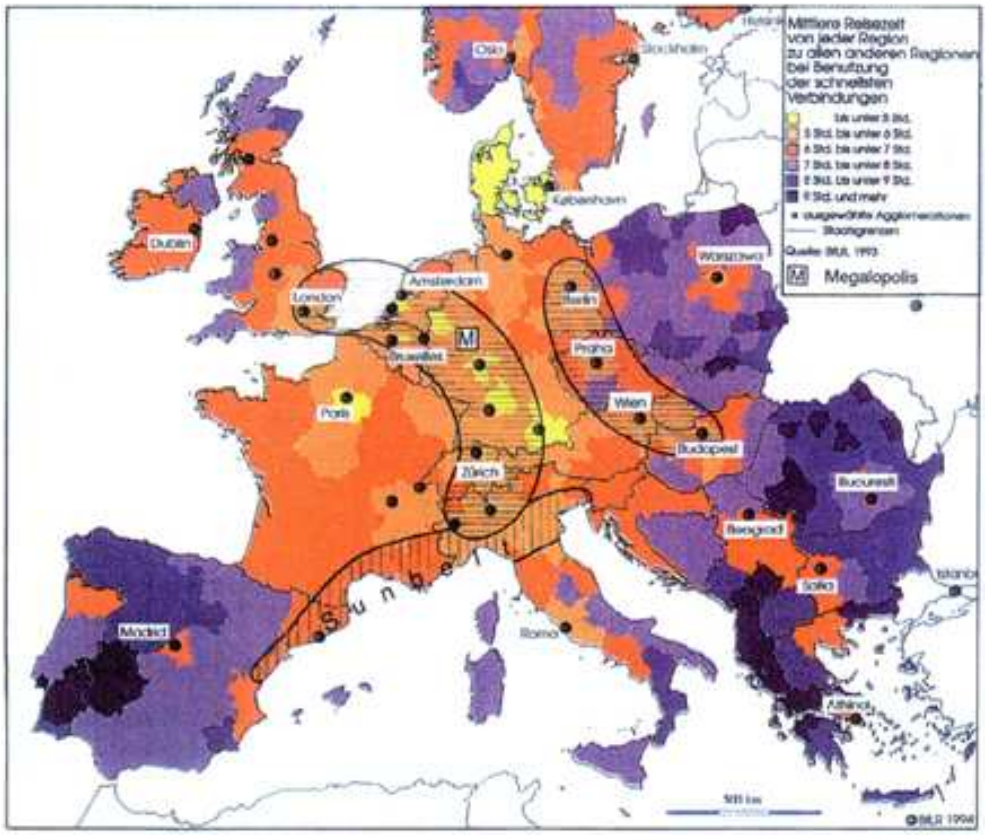
Quelle: ÖROK (1996), Position Österreichs im Rahmen der Europäischen Raumentwicklungspolitik, S. 16.

Metropolen und periphere Regionen: Probleme der Sozialpolitik in den USA und in Europa.
In: Löffler H. und E. W. Streissler
(Hg.): Sozialpolitik und Ökologieprobleme der Zukunft. Festsymposium der Österreichischen Akademie der Wissenschaften
anläßlich ihres 150jährigen Jubiläums. 14. bis 16. Mai 1997. Verlag der Österr. Akademie der Wissenschaften, Wien: 97–
141. Wien, 1999.

Figur 4: Idealtypen der Obdachlosen

Quelle: E. LICHTENBERGER (1990a), Die Auswirkungen der Ära Reagan auf Obdachlosigkeit und soziale Probleme in den USA, S. 481.

Figur 5: Metropolitane Achsen und Peripherien in Europa



Quelle: Grundlage: Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1994), Europäische Raumentwicklung, Karte 3B.
Entwurf E. LICHTENBERGER